

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 6 gespaltene Petitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 44

Sonnabend, den 2. November

1913

Grosse Worte.

Vor elf Jahren hat die erste Tuberkulosenkonferenz unter dem Protektorat der deutschen Kaiserin in Berlin stattgefunden. Gegenwärtig tagt nun wieder die "Internationale Vereinigung gegen die Tuberkulose" in Berlin. Zur Eröffnung war die Kaiserin ebenfalls anwesend. Es versteht sich am Rande, daß die Eröffnungsreden sich von den Ursachen der Krankheit fernhielten und darum auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung einseitig berührten wurden.

Eine derartige Umgehung der Hauptfrage fällt einem Manne, wie unserm Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, der ja doch nur Minister für soziale Phrasen ist, nicht schwer. Indes seine Begrüßungsrede ist gerade deshalb nicht minder charakteristisch. In seiner Eigenschaft als Präsident des deutschen Zentralomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose konnte er nicht hoch genug die den Erdball umfassende Organisation dieser Internationalen preisen. Herz und Verstand schließen ihre Mitglieder zu einer dem Wohle der Völker dienenden Aufgabe zusammen. Schön. Es ist jedoch ein wenig Angst dabei vor der großen Ansteckungsgefahr, die die Schwindsucht an sich trägt. Und wen wir schon die Art der Bekämpfung der Krankheit durch die herrschenden Gewalten betrachten, dann machen die großen Worte in der Begrüßungsrede Delbrück auf uns noch weniger Eindruck.

Niemand wird etwas dagegen haben, wenn das Zentralomitee als Waffzeug im Kampfe gegen die Tuberkulose 147 Volksheilstätten mit 15 278 Betten zur Verfügung hat. Anerkennenswert ist auch, wie in neuerer Zeit immer mehr Erholungsheime von den Krankenkassen für Lungentranke geschaffen werden. Aber trotz dieser Heilstätten müßte die Krankheit hauptsächlich unter den arbeitenden Klassen weiter. Es fehlt an gründlichen Maßnahmen zur Vorbeugung, zur Verbesserung der Krankheit. In seiner Rede berührte der Staatssekretär mit keinem Worte die Hauptursachen der Krankheit, die in schlechter Ernährung, inüberanstrengender Arbeit, in den durch schlechte Lohnverhältnisse bedingten unzulänglichen Wohnverhältnissen, kurz in den traurigen Verhältnissen wurzeln, die die Ausbeutungsmethode des Kapitalismus über die Arbeiter verhängt.

Nicht ein Wort von alledem in der Rede des Ministers, der gerade, wenn es ihm Ernst mit der Bekämpfung der Tuberkulose ist, vor allem die sozialen Verhältnisse vor jener Internationalen Vereinigung besprechen müßte. Vielleicht zwingt ihn im Laufe der Verhandlungen, die wir genau verfolgen werden, einer der sachverständigen Ärzte und Professoren dazu, über das vorbeugende Mittel eines wirklichen Arbeiterschutzes zu reden. Kein Heilmittel vermag so gegen die Tuberkulose zu wirken, wie der Damm, der ihr durch gründliche Verbesserung der Arbeiterverhältnisse entgegengesetzt werden kann.

Es imponiert uns wirklich nicht, wenn der Staatssekretär prahlreich verkündete: "Das Ziel, das uns allen vorstehet, ist die Befreiung der Völker vom Joch der Tuberkulose" — denn es wird ihm und der von ihm gepräsenten Internationalen Vereinigung nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen, weil eben die Grundursachen der Krankheit nicht bekämpft werden. Überflüssig, zu sagen, daß diesen Kampf die Arbeiter ebenfalls allein führen müssen, weil alle besitzenden Klassen ihre Vereidigung durch die Ausbeutung der Arbeiter nicht aufgeben. Deshalb auch der Minister von Kapitals Gnaden darüber schweigen und sich mit Phrasen behelfen muß.

Aber über die Tatsache kommt er doch nicht hinweg, daß trotz aller Heilmittelauswendung die Tuberkulose, doch der Volksgesundheit und der Arbeitskraft der Nationen immer noch unheilbare Wunden schlägt". Und die Bissern, die über die Zahl der Opfer der Krankheit und über ihre Berufstätigkeit vorliegen, schreien es geradezu in die Welt hinaus, was die Ursache der unheilvollen Krankheit ist. Doch dem Minister schert dies nicht, die Bissern läßt er nur aufmarschieren, um die Wohltätigkeit privater Fürsorge, nicht das Eingreifen des Staates und der Gesetzgebung, nicht die Frage des Arbeiterschutzes anzuregen. Andere regt es doch zu tieferem Nachdenken an, wenn, wie der Minister ansah, "doch in Deutschland heute noch unter allen Todesfällen etwa jeder zweite, bei dem im erwerbsfähigem Alter stehenden Dahingerafften jeder zweite Todesfall durch Tuberkulose herbeigeführt wird, und bei den bis zum 35. Lebensjahr der Industrie-Berger und Bauarbeiter sich erstreckenden Todesfällen ist sogar mehr als die Hälfte auf die Tuberkulose zurückzuführen".

Sogar aus dieser dürfsten Angabe ist sofort zu erkennen, daß die Erwerbstätigkeit außerordentlich zur Verbreitung und Verschärfung des Leidens beiträgt. Was liegt näher, als einer Gesellschaft zur Bekämpfung der Krankheit

genaue Angaben über den Herd derselben zu machen? Darüber hinweg zu gehen mit einigen Phrasen, heißt der ernstlichen Bekämpfung der Krankheit den Boden fortziehen. Was nützen die großen Worte, daß die Konferenz, "die friedlichen Bande gemeinsamer Ideale und Interessen unter den Nationen fester Instanz, zum Heile der Kranken, zum Segen für die Gesunden, zum Nutzen der Völker." Hier darf nicht bloß der Mund gesperrt, hier muß gepfiffen werden! Zurückgepfiffen muß die Mente der Ausbeuter und Scharfmacher werden, die einer rücksichtslosen Ausbeutung, frei von jeder gesetzlichen Hinderung, das Wort reden. Das ist freilich für den Minister ein Kräutlein Rührmichnicht, denn "wir — die Minister — arbeiten doch nur für Sie!" sagte der Vorgänger Delbrück, Herr v. Bötticher, als Vertreter des Unternehmens über die angeblich arbeiterfreundliche Haltung der Regierung murkten. Und so ist es noch immer.

Als Kuriosum aus der Gründungsfeier der Konferenz wollen wir noch mitteilen, daß ein veritable Herzog, der von Ratibor, eine Kriegsrede gegen die Tuberkulose hielt, die der Anschauung Raum gibt, als ob gewisse Herrschaften in dem deutschen Zentralomitee die Bekämpfung der Tuberkulose als eine Art Sport betrachten. Die Strategie des Herzogs äußerte sich folgendermaßen:

"Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, die Waffen zu suchen, welche im Kampfe gegen die Tuberkulose anzuwenden sind. Dank der Bestrebungen der internationalen Vereinigung ist das Waffenarsenal zur Tuberkulosebekämpfung festgestellt, und es ist ferner festgestellt, daß vor allem die Erziehung der Völker zum Gebrauch dieser Waffen, die die unbedingte Voraussetzung ist für jede wirkliche Bekämpfung der Tuberkulose. Soll der Krieg ein erfolgreiches sein, so muß er in einer großen Völkerkraft geschlagen werden. Jeder Truppe in diesem Kampf ist ihre besondere Aufgabe zugelebt, und wir sehen, daß dieser Kampf nicht vergeblich war, ja, daß er bereits erhebliche Erfolge gehabt hat. Sie dürfen ratsam die bisherigen Erfolgen hoffen, daß die Prophesieung sich erfüllt, daß eines Tages die Tuberkulose ihres Charakters als Volkstrankheit entstehen wird."

So etwas eignet sich keinesfalls zur Bekämpfung der mörderischen Proletarierkrankheit, und es wäre schon besser, wenn eine Gesellschaft sich ernstlich mit der Bekämpfung befassen will, sie verzichtete auf solche Proklamation, nach dieser famosen Begrüßung haben die Sachverständigen das Wort.

Zieht alle Register!

Die Arbeiterschaft muß unablässige Hilfeleistung für das Heer der Arbeitslosen verlangen, wenn überhaupt etwas von den herrschenden Klassen zu diesem Zwecke erlangt werden soll. Besänden sich in vielen städtischen Vertretungskörpern nicht bereits sozialdemokratische Vertreter, dann würde die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit mit keinem Worte Erwähnung finden. So aber melden zu unserer Genugtuung Berichte aus den verschiedensten Orten Interpellationen oder Anträge von Arbeitervertretern, die ein Eingreifen der Gemeinden gegen die Arbeitslosigkeit verlangen.

So drängten in Stuttgart unsere Genossen aufs neue, daß die Stadtverwaltung Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen sollte. Wie peinlich es den Vertretern der herrschenden Klassen ist, wenn sie an ihre Pflicht erinnert werden, das ließ der Oberbürgermeister in seiner kürz an gebundenen Antwort erkennen, der da sagte, darüber sei doch schon früher beraten und die städtischen Amtsräte seien angewiesen worden, die städtischen Bauten möglichst rasch auszuführen. Und als unser Vertreter auf diese Antwort eingehen wollte, wurde keine weitere Debatte auf die Interpellation zugelassen. Man sieht, es muß energisch zugegriffen werden, wenn etwas geschehen soll.

Im Mainzener Rathause wurde über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung beraten. Es wurde beschlossen, den Magistrat um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs für eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung zu ersuchen. Weiter wurde beschlossen, der Städtische Kommission den Antrag zu überweisen, 150 000 M. für die Arbeitslosenfürsorge in den Haushaltsplan für 1914 einzustellen. Hierzu sei noch bemerkt, daß der Staat Bayern bereit ist, den Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung einrichten, einen Zufluß zu leisten. Damit glaubt man die belauerten Versprechungen des jetzigen Prinzregenten, der Hilfe für die Arbeitslosen versprach, erfüllen zu können. Wie weit das geschehen wird, muß sich noch zeigen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Brandenburg a. d. H. stellte den Antrag, eine Arbeitslosenfürsorge zu treffen durch Einführung des General-Schirms, nach dem die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ausführen mit Zuflüssen der Gemeinden und des Staates; ferner soll eine Eingabe an den Reichstag und die Reichsregierung gemacht werden, sich dem Verlangen nach einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung anzuschließen. Hier wurde der Antrag einer

siebenbürgischen Kommission überwiesen, der auch zwei sozialdemokratische Stadtverordnete angehören.

In verschiedenen Orten sucht man die Hilfe zu verschleppen durch Anfragen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Mit Hilfe der Gewerkschaften könnte eine solche Umfrage sehr schnelle Beantwortung finden, aber da ist eben der Haken, man will gar nicht so schnell Aufschluß haben oder am liebsten gar keinen, weil man sich sonst zum Eingreifen gezwungen fühlt. Über den Umfang der Arbeitslosigkeit hat die Stuttgarter Handelskammer, veranlaßt durch eine Anfrage der staatlichen Zentralstelle für Handel und Gewerbe, Erhebungen angestellt. Das Ergebnis stellt die Handelskammer dahin zusammen, daß im Baugewerbe, in der Maschinenfabrikation, in der Metall- und Holzverarbeitung in Industrie Arbeitslosigkeit in großem Umfang zu beobachten ist. Eine weitere Verstärkung sei wahrscheinlich.

Wohl überall würde ein gleiches Ergebnis von Erhebungen zu verzeichnen sein, wenn solche nur überall ange stellt würden. Das Ende der Arbeitslosigkeit ist ja mit Händen zu greifen. Jeder Krämer spürt es, wie der Verbrauch von Waren, natürlich auch von Lebensmitteln, stark nachlässt.

Um Arbeiter nicht völlig arbeitslos zu machen, kommen auch noch Mittel in Frage, die bei einem guten Willen wohl durchführbar wären. In erster Linie kommt eine Verkürzung der Arbeitszeit in Betracht. Längst müßte der Achtstundentag gesetzlich eingeführt sein. Über die Unternehmer, und nach deren Wünschen die Regierung, stemmen sich gegen den Achtstundentag. In Zeiten schwerer Krisen reicht freilich diese Verkürzung noch nicht aus, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, man wird auf sechs Stunden oder noch weiter herabgehen müssen.

Hierzu fehlt dem Unternehmertum im allgemeinen der Wille, wenn sich auch einzelne zu solchen Maßnahmen bereit finden lassen. Manche begründen ihren Widerstand mit der Eigenart des Betriebes. Für viele wäre es aber in solchen Fällen möglich, die Arbeiter schichtweise zu lassen, statt einen Teil direkt dem Hunger auszusetzen. Freilich, wenn der gute Wille für solche Maßnahmen vorhanden wäre, dann würde er auch für eine staatliche Arbeitslosenversicherung eintreten. Über hier zeigt sich gerade, daß das Unternehmertum mit samt der Regierung das Hindernis ist.

Mit welchen falschen Gründen die Regierung sich gegen die Einführung einer Maximalarbeitszeit von 8 Stunden für Erwachsene wendet, das lehrt ein Ausspruch des früheren Handelsministers Möller, dieser Kapitalshäne, der da lautet:

"Die Einschränkung des Arbeitstages der erwachsenen männlichen Arbeiter ist eine grausame Maßregel, denn dadurch wird es ihm unmöglich gemacht, durch Fleiß sich aus der Masse herauszuarbeiten."

Jeder anständige Arbeiter muß diesen Ausspruch als blutigen Hohn empfinden. Nicht die Länge der Arbeitszeit hebt den Fleiß des Arbeiters, das Ungelehrte ist der Fall. Die notwendige Ruhepause, die durch Verkürzung der Arbeitszeit erzielt wird, stärkt die Kraft des Arbeiters, stärkt seine Fähigkeiten, erhöht seine Intelligenz sowie die Arbeitsfreudigkeit, so daß ein doppelter Gewinn daraus erwächst: Für den Arbeiter selbst, wie für die Industrie ins. Das falsche Ministerwort soll nur die Abneigung verdicken, den Achtstundentag einzuführen, weil dem Unternehmertum die Methode der Ausbeutung durch lange Arbeitszeit bequem ist, und weil man dem Arbeiter nicht Zeit zu seiner geistigen Weiterbildung geben will, die ja sicher dazu führen müßte, daß er der ausgebeutete Arbeiter, daß Joch der Ausbeutung um so eher abwirkt.

Doch die Gewerkschaften werden alles in Bewegung setzen, den Achtstundentag zu erringen; sie werden aber in der Zeit der Krise auch alle Mittel anwenden, die das Ende der Arbeitslosigkeit zu mildern geeignet sind. Es müssen eben alle Register gezogen werden!

Und wir?

Ein junger Arbeiter schreibt der Wiener Arbeiterzeitung: Diese Zeilen liegen schon tagelang in meiner Lade. irgend eine Scheu hielt mich ab, sie Ihnen zuzusenden. Aber vielleicht haben die kleinen Gedanken doch einen Wert, vielleicht bewegen sie andere auch so stark wie mich. Als August Bebel von mir ging, las ich voller Ergrüttung von dem Aufstieg dieses Arbeiters. Welch ein Leben! Als er geboren wurde, gab es so etwas wie eine deutsche Arbeiterbewegung überhaupt noch nicht. Deutsche den großen Führer. Als junger Abgeordneter stand Bebel den Vertretern des Bürgertums und des Adels im Deutschen Reichstag allein gegenüber. Vierzig Jah-

später stehen neben dem einen hundertzehn Vorführer des Proletariats. Er lebt noch in Tagen, die keine Gewerkschaft kennt, keine Arbeiterpartei, keinen Konsumverein. Der große Bevölkerung ist ungeheure Vereinigungen der arbeitenden Menschheit, eindringende Gewerkschaften, völkervereinende Organisationen. Und dieses Leben ist wohlgeschichtlicher Entwicklungsträger, es füllt in das Erleben eines einzelnen Menschen.

Es steht aber nicht nur in das Leben eines August Bebel. Schmerzvoll bewegt lassen wir nun auch die Lebensbeschreibung Karl Högers. Und siehe auch hier ein ähnliches Bild. Ein Menschenleben nur, aber welche Ereignisse erfüllen es! Der Mann wirkt an der Veränderung einer ganzen Welt mit. Vieles, was heute wirkendes Leben ist, er selbst hat es geprägt. Die Buchdrucker sind unsere geistige Vorhut — er hat sie dazu gemacht. Kreativvoll wählt das Heer der klassenbewussten Arbeiterjugend — er war ihr Vater und erster Führer. Wer kennt nicht die Wiener "Typographia"? Er war ihr Begründer. Und die Freie Volksbühne — er war unter denen, die sie ins Leben gerufen haben.

Ihnen Sie, was ich sagen will, was mich mit einer treibenden Erregung anstößt? Ich sehe unsere älteren Ge- nossen plötzlich mit neuen Augen. Ich sehe nicht mehr nur das Grau ihrer Haare, nur das Zittern ihrer Finger, nur die Erstarrung ihres Rückens. Wenn sie mich ansprechen, beginnt mein Herz laut zu klopfen. Wenn sie morgen ihre Augen schließen, welch ein Leben beenden sie! Was haben unsere Väter ertritten und ertröten! Aus dem Nichts haben sie eine Weltmacht geschaffen, aus Starrheit und Dummheit regstes feurigstes Streben. Alles, was uns junge Arbeiter mit Stolz und mit Begeisterung an die Sache des Proletariats bindet — sie, nicht wir haben es in die Welt gebracht. Und leise, aber eindringlich muss ich mich fragen: Und wir? Wenn wir einmal die Alten sein werden, wenn uns einmal der Tod auf die Schulter klopfen wird? O, wenn wir dann auch so weit in der Kette der Zukunft ständen wie die Alten von heute! Arbeiter! Läßt uns arbeiten! In der politischen Organisation, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaftsbewegung, in unseren Bildungsvereinen! Täglich, raslos! Es gilt, auch in unser Leben so viel Größe, so viel Fortschritt hineinzuzwängen. Auch unsere Haare werden ergrauen, auch unsere Finger werden zittern, auch unser Rücken wird sich beugen — aber weiter, weiter, unendlich weiter wollen wir dann unseren Willen getragen haben. In der herrlichen Kraft der Vergangenheit entzünden sich — herrlicher noch: die Kraft der Zukunft!

Rundschau.

Sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit. Die sozialdemokratische Fraktion wird beim Zusammentritt des Reichstages folgende Interpellation einbringen:

"Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen verschärft werden?"

Ist er besonders bereit, eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende reichsweite Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich gesteigern machenden nachteiligen Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfsmittel zu ergreifen?"

Das staatsgefährliche Herz. In Schlesien hält in diesen Wochen Genosse Dr. Drucker vom Zentral-Bildungsaußenamt einen Vortragsschluss über Menschenkunde. Die ersten Vorträge über dieses rein medizinisch-wissenschaftliche Thema konnte er auch unbedarft in den verschiedensten Städten Schlesiens halten. Als unser Wanderredner aber in Peißenberg bei Ohlau über die Funktionen des Herzens und der Nerven sprechen wollte, wurde ihm das Sprechen von dem überwachenden Gendarmen fürzehand verboten. Allen Fragen, auf Grund welcher Gesetzesbestimmungen das Verbot erfolge, setzte er Stillschweigen entgegen. Zuletzt entzog sich diesem Staatshäuter das Geständnis, daß ihm sein Auftrag vorsteht: "Auftrag gegeben, alles zu verbieten". Besonders die Lichtbilder, die er zwar gar nicht kannte, hatten es ihm angetan. Genosse Drucker konnte nach langem Verhandeln mit diesem seltsamen Gesetzeshäuter, der allem Anschein nach vom Reichsverein gezeichnete Achtung hatte, endlich den Vortrag halten. Darauf kam es auf des Blutes usw. darstellen der Bilder aber durfte er nicht zeigen. Offenbar war der Herr Gendarm der Meinung, daß die biblische Vorführung des Herzens als des Zentralorgans aller Umstürze, die Sicherheit des Staates in die schwerste Bedrängnis bringen müsse. Vielleicht veranstaltet der Zentralbildungsausschuß nun einmal Vorträge mit Lichtbildern für Gendarmen und Amtsvorsteher, um sie auf diesem Wege mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes bekanntzumachen.

Der Liberalismus gegen das Koalitionsrecht. Der liberale Verein in Hof hat in seiner letzten Monatsversammlung sich auch mit der Frage des Arbeitswilligen-Schutzes beschäftigt und in einer Entschließung den dringenden Wunsch ausgesprochen, die liberalen Parteien, möchten sich mit Erfolg der Lösung dieser hochwichtigen Frage widmen in dem Sinne, daß unbeschadet liberaler Grundsätze ja in Verfolgung derselben den unerträglichen Eingriffen in die persönliche Freiheit des Arbeiters und den unerlaubten Versuchen zum Streitzwang ein gesetzliches Halb geboten werde."

Das ist mit runden und netten Worten der Schrein nach einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse anstreben. Der oberstaatliche Liberalismus hat sich bekanntlich erst vor kurzem bei den Unternehmern mit einem Rundschreiben angebietet, worin um die Goldstücke der Unternehmer gebeten und unter Hinweis auf die Kämpfe des Liberalismus gegen die Sozialdemokratie erklärt wurde, eine Unterstützung der liberalen Organisation sei für den Kapitalisten

die "rentabelste Kapitalanlage". Wie man sieht, fragen die Unternehmengelder bereits ihre Riesen in Form von scharfmäuerischen Entschließungen. Das hindert aber den Liberalismus nicht, sich, wenn es zu Wahlen geht, als die ehrlichste Arbeiterpartei aufzuspielen.

Eigenartige Sozialpolitik. Das Stadtbauamt in Gotha hat folgendes Schreiben an die von ihm beschäftigten Arbeiter gesandt:

Stadtbauamt. Gotha, den

An den städtischen Arbeiter

Der Magistrat hat beschlossen, künftig die Enthaltszulage von 20 Pf für den Arbeitstag nur denjenigen städtischen Arbeitern zu zahlen, welche tatsächlich die alkoholischen Getränke völlig meiden.

Es wird Ihnen anheimgestellt, diesen Nachweis durch eine Bescheinigung eines Enthaltungsvereins (Blautkreuzvereins) zu erbringen.

Wird diese Bescheinigung nicht beigebracht und dem Unterzeichneten vorgelegt, so fällt die Enthaltszulage vom ab fort.

(Unterschrift.) Stadtbaurat.

Was hier das Gothaer Stadtbauamt den Arbeitern zu bieten wagt, ist geradezu einzigartig. Es ist an sich erfreulich, daß es Wert darauf zu legen scheint, daß die Arbeiter sich des Alkoholgenusses enthalten. Über der Weg, der eingeschlagen wird, ist absurd. Das Stadtbauamt ist einen durchaus unsittlichen und verwerflichen Zwang auf die Arbeiter aus. Es wird vielleicht sagen, daß es den Arbeitern durchaus freigestellt sei, dem mutigeren Blautkreuz beizutreten oder nicht, und sich so die Enthaltszulage zu erwerben oder sie abzulehnen. Das könnte zutreffen, wenn die Arbeiter einen Lohn bekämen, der zu einem anständigen Leben ausreichte. Über was wird denn verdient? Im Sommer werden ganze 2 M. im Winter sogar 1,80 M. bezahlt. Mit solchen elenden Löhnen stellt sich die Gothaer Stadtverwaltung gerade nicht das Zeugnis sozialer Einsicht aus.

Arbeitslosenversicherung in Ludwigshafen a. Rhine. Der Ludwigshafener Stadtrat hatte sich am Montag nachmittag mit der Frage der Arbeitslosenversicherung zu beschäftigen. Nach einer stundenlangen Debatte wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen die Stimmen der übrigen bürgerlichen Fraktionen beschlossen, die Arbeitslosenversicherung für die Stadt Ludwigshafen mit einer Zuschuss- und Versicherungskasse auf Grund des seinerzeit von der bayerischen Regierung erlassenen Normalstatus einzuführen. An den bayerischen Landtag soll eine Petition gerichtet werden, die ausspricht, daß die Städte das Recht erhalten, den Versicherungszwang durchzuführen. Weiter teilte der Oberbürgermeister mit, daß im November der bayrische Stadttag zusammentritt zur Beratung des Gemeindebeamten Gesetzes.

Eine Auszeichnung der gewerkschaftlichen Ausstellung in Leipzig. Die Ausstellung der gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufach-Ausstellung in Leipzig ist soeben mit der goldenen Medaille der Stadt Leipzig ausgezeichnet worden.

Mit dieser objektiven Werbung der gewerkschaftlichen Ausstellung durch das Preisrichterkollegium dürften zugleich die Antifaschistische Scharfmäuerblätter völlig entkräftigt sein, die der Öffentlichkeit Glauben machen wollten, die Ausstellung der Gewerkschaften sei tendenziös und entstelle in großer Weise die Tatsachen.

Ein unrechtmäßiges Geständnis. Unter dieser Überschrift wird dem Centralblatt der christlichen Gewerkschaften vom Essener gelben "Werkverein" freundlich ein fataler Schnitzer unter die Nase gehalten, der dem christlichen Organ bei der Mohrenwäsche an der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes unterlaufen ist. Das christliche Blatt hatte in seiner Nr. 21 geschrieben: "Der frühere Beamte des 'Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands', Wilhelm Köhling, ist von dessen Vorstand entlassen worden. Von Rechts wegen! Uns ist von den mehr als 350 Beamten der christlichen Gewerkschaftsbewegung keiner bekannt, der an Faulheit, Unfähigkeit, positive organisatorische Arbeit zu leisten, und an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Köhling heranreicht." — Darob der "Werkverein" meint: "Da muß ja das Centralblatt noch eine ganze Reihe von christlichen Beamten kennen, die zwar 'an Faulheit und Unfähigkeit, sowie an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Köhling nicht herantreichen', aber doch über ein hübsches Päckchen der genannten Vorzüge verfügen. Uns will auch dünnen, als laufen ziemlich viel derartige Musterknaben in der christlichen Gewerkschaftsbewegung herum."

Ein Schiedsentscheid gegen einen Streitenden. Zu Stolp im Junkerlande Pommern ist gegen einen streitenden Arbeiter, der in eine Schlägerei mit Arbeitswilligen geraten war, wegen angeblichen Landfriedensbruches ein ungeheuer hartes Urteil gesetzt worden. Es wird darüber folgendes gemeldet:

Am 15. April brach in Stolp ein Bauarbeiterstreit aus, der erst vor ein paar Tagen als ergebnislos abgebrochen wurde. Während des Streits waren die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften nicht nur selbst Streitbrecher, ihr Gauleiter bemühte sich sogar in anderen Orten, Arbeitswillige anzuwerben. Zwischen den Streitbrechern und den Streitenden kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Am 1. Mai wurde ein Trupp Arbeiterwilliger von Gewerkschaften nach ihren Wohnungen begleitet. Auf dem Wege kamen sie an dem Lokal vorbei, wo die sozialistisch gesetzten Arbeiter ihre Maifeier abhielten. Es kam zu Schlägereien. Der Bauarbeiter Schoot und der Maurer Böß mussten sich jetzt wegen Landfriedensbruchs verantworten. Böß bestreit, am Anfang beteiligt gewesen zu sein, während Schoot am Teilstück zugab. Der Staatsanwalt, Professor Eitelmann, hielt die bekannte Rede gegen den Terror-

rismus und bejahte gegen Schoot die Frage auf schuldig.

Urteil: Schoot wird zu 3 Jahren Haft und drei Jahren Entlastung verurteilt, Böß dagegen freigesprochen. Und das, obwohl Schoot nur mit der Faust geschlagen hat.

Wie oft haben nicht schon Angehörige der besitzenden Kreise vor Gericht gestanden, die bei Schlägereien andere schwer verletzt haben. Von derartig harten Urteilen hört man da nie. Die Leute kommen vor Gericht meist mit geringen Geldstrafen davon. Und wie sanft die Herren Arbeitwilligen vor Gericht angefaßt werden, ist ja unsererseits genügend bekannt.

Wenn ein Streitbrecher einen Streitenden ermordet, wird er freigesprochen, wie jüngst in Stettin.

Recht gehässige Feinde hat die "Volkssfürsorge" in dem märkischen Städtchen Irchhausen in der Provinz Brandenburg. In dem dasselbst erscheinenden Amtlichen Anzeiger für den Kreis Luckau ("Neueste Nachrichten" heißt sich das Papier), als dessen geistiger Leiter der neugeborene konervative Landtagsabgeordnete Amtsräther Dr. Vanb in Kirchhain allgemein bezeichnet wird, erscheint als Fällinserat ab und zu folgende Anzeige:

"Kein nationaler Arbeiter läßt sich und seine Angehörigen bei der sozialdemokratischen 'Volkssfürsorge' versichern. Man weiß den Agenten, die auf dem Lande herumlaufen, sofort die Türe."

Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn in einem Arbeiterblatt eine solche Aufreizung gegen die Agenten der agrarischen Lebensversicherungsgesellschaften oder der Deutschen Volksversicherung A.G. veröffentlicht würde, die ganze bürgerliche Presse den Staatsanwalt gegen solchen Terrorismus aufheben würde. Über der "Volkssfürsorge" gegenüber glaubt man sich alles erlauben zu dürfen. Schaden wird das der "Volkssfürsorge" allerdings nicht; denn dieser Haß der Reaktionäre beweist mehr als alle Hellame die Güte der "Volkssfürsorge".

Krankenkassenwahlen in Geldern. Man schreibt uns aus Geldern: Bei der am 19. Oktober stattgefundenen Wahl der Ausschusmitglieder zur Ortskrankenkasse erhielten die Christlichen 26 und unsere Gewerkschaften 14 Vertreter. Das Resultat darf für uns als günstig bezeichnet werden, wenn man die Art der Agitation der Christen mit der unseren vergleicht und ferner in Erwägung zieht, daß den freien Gewerkschaften nicht einmal ein Volkszählung steht.

Vom österreichischen Gewerkschaftskongress. In einer vertraulichen Sitzung hat der Kongress einen wichtigen Beschluß über das Verhältnis zu den separatistischen Organisationen gefasst. Es wird allen Centralverbänden zur Pflicht gemacht, beim Übertritt von Mitgliedern separatistischer Organisationen die Anrechnung von bereits erlangten Mitgliedsrechten aller Art abzulehnen. Ausgenommen hiervon sind die Mitgliedsrechte derjenigen Mitglieder, die vor dem Beitritt zur separatistischen Organisation einer Centralorganisation angehört und innerhalb der statutenmäßigen Fristigkeitsfrist zur Centralorganisation wieder zurückkehren.

Gewerkschaften und Arbeiterpartei in England. In vielen Gewerkschaften finden zurzeit die vom neuen Gewerkschaftsgesetz vorgeschriebenen Urabstimmungen darüber statt, ob auch fernerhin Mittel, und zwar durch einen besonderen Beitrag, "für politische Zwecke" aufgewendet werden sollen. Da die Gewerkschaften sowohl numerisch wie besonders finanziell die Arbeiterpartei fast allein darstellen, so hängt das Schicksal der Arbeiterpartei wesentlich von dem Ergebnis dieser Abstimmungen ab, denn es dürfen weder Mittel der Gewerkschaft noch auch die Einrichtungen derselben zur Förderung politischer Zwecke verwendet werden, wenn dies nicht ausdrücklich durch Urabstimmung beschlossen wird. Wie vorauszusehen ist die Beteiligung an den Abstimmungen im allgemeinen nicht sehr glänzend, doch hat sich bisher eine Majorität für die politische Aktion gefunden, obwohl einige syndikalistische Gruppen unter dem Deckmantel der Kritik an der Arbeiterpartei das Menschenmöglichste an antiparlamentarischer Agitation leisten. Auch die Bergarbeiter, die mit rund 700 000 Mitgliedern die stärkste Föderation des Landes bilden, haben dem Beschuß mit 261 000 gegen 194 000 Stimmen zugestimmt.

Berichte.

Coburg-Stolp. Am 19. Oktober tagte in Coburg eine Besammlung obiger Zahlstelle mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913; 2. Bericht von der Gaulkonferenz in Gera; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Otto Eile einen ausführlichen Kassenbericht. Die Einnahme ergab sich 128,36 M., die Ausgabe stellte sich auf 28,30 M., demnach Kassenbestand 100,06 M. Da die Prüfung die Richtigkeit der Abrechnung ergab, wurde dem 2. Bevollmächtigten einstimmig Entlastung erteilt. Auf Antrag wurde beschlossen, an den Vorstand 80 M. zu senden. Zu Punkt 2 gab Kollege Georg Eichel einen ausführlichen Bericht von der Gaulkonferenz in Gera. Die Besammlung sollte dem Referenten reichen Beifall für seine vorzülichen Ausführungen und man freute sich allgemein, daß endlich aus der Unterstiftung eine Kampfsorganisation geworden ist. Unter Punkt 3 wurden noch einige innere Angelegenheiten besprochen und wurde dann mit einem Hoch auf den Verband die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Augsburg. Am 20. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 3. Quartal und der Votalfahne; 2. Kartellbericht; 3. Bericht von der Gaulkonferenz. Kollege Pöhl verlas die Abrechnungen; ihm wurde auf Antrag des Revisors Bernert Entlastung erteilt. Einen ausführlichen Kartellbericht erstattete Kollege Pöhl. Dessen berichtete Kollege Großmann von der Gaulkonferenz und wies unter anderem darauf hin, daß andere Gewerkschaften ihre Löhne innerhalb der letzten zehn Jahre um 8 M. wesentlich und mehr erhöht haben, die Fabrikarbeiter dagegen leider nur um 1,50 bis 2 M. Weiter führte Redner aus, daß der Arbeitsnachweis häufiger gehandhabt werden soll, als es bisher geschehen ist. Jedes Mitglied hat, wenn es die Arbeit wechselt will, Gründe anzugeben und es der Verwaltung zu melden. Im Verschiedenen berichtete Kollege Pöhl, er den Antrag einer Kollegin betr. Rentenunterstützung, der Antrag aber abgelehnt werden, da die Kollegin noch Kranken- sowie Invalidengeld bekommt. Ein späterer Antrag eines Kollegen wurde dem Vorstand überreicht. Daraus wurde ein vom Kollegen Bernert gestellter Antrag angenommen, nach welchem jedes Mitglied, wenn es Notsituation,

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Jg 44

Sonntag, den 2. November

1913

Von der Zigarettenindustrie.

Es ist für uns Tabakarbeiter natürlich notwendig, die Entwicklung unserer Industrie nach allen Richtungen hin zu prüfen. Die Taktik unserer gewerkschaftlichen Maßnahmen hängt nicht unwe sentlich von der Entwicklung unserer Industrie ab. Was an Material aus jeder einzelnen Branche vorliegt, muß von der Tabakarbeiterenschaft als wichtig zur Kenntnis genommen werden. Soweit die Zigarettenindustrie in Frage kommt, ist es infolge der durch die Banderolessteuer vorgeschriebenen Registrierung der Betriebe und ihrer Arbeiterzahl, sowie auch ihrer Leistungen möglich, ein anschauliches Bild zu gewinnen und den Entwicklungsgang genau zu verfolgen. Was aus den Veröffentlichungen für 1912 des Statistischen Amtes für uns wichtig ist zu wissen, geben wir deshalb, verglichen mit den Zahlen des Steuerrechnungsjahrs 1911, wieder.

Da ist zunächst zu vermerken, daß die Zahl der Fabriken, die nur Zigaretten herstellen, von 1003 auf 1006 gestiegen ist. Es ist nun wichtig, zu wissen, wie sich die Fabriken hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter stellen. Während die Zahl der Betriebe, die keine Arbeiter beschäftigen, im Jahre 1910 408 betrug, waren es 1911 schon 450, 1912 aber bereits 517. Die Zahl der mit Gehilfen arbeitenden Betriebe war im Jahre 1910 607, im Jahre 1911 553, und ist im Jahre 1912 nur noch 488. Daraus könnte man ja den Schluss ziehen, als wollte die Zigarettenindustrie sich zur Kleinproduktion entwickeln. Das ist natürlich bei dieser Industrie am allerwenigsten der Fall. Es kommt nämlich darauf an, wie sich die gesamte Produktionsmenge auf die Betriebe verteilt; und da ist es wohl ohne Zweifel, daß das ungeheure Mehr der im Jahre 1912 produzierten Zigaretten nicht auf die 67 neuen Einzelbetriebe entfallen kann.

Schen wir aber zunächst einmal zu, wie die Betriebe mit Arbeitern nach der Zahl ihrer Beschäftigten rangieren.

Es arbeiteten Betriebe mit:

| | mehr als 10 Arbeiter | 11 bis 50 | 51 bis 100 | 101 bis 500 | mehr als 500 |
|------|----------------------|-----------|------------|-------------|--------------|
| 1911 | 494 | 36 | 5 | 16 | 2 |
| 1912 | 430 | 35 | 6 | 14 | 3 |

Danach hat eine erhebliche Abnahme der Betriebe stattgefunden, die nicht mehr als 10 Personen beschäftigen.

Um aber ein übersichtlicheres Bild zu gewinnen, ist es nötig, auch jene Betriebe zu berücksichtigen, die Zigaretten und Zigarettentabak herstellen; ihre Zahl war 1911 309, im letzten Jahre dagegen 314. Davon beschäftigten 46 im Jahre 1911 und 43 im Jahre 1912 keine Arbeiter. Bei den Betrieben dieser Art ist auch schon von 1910 auf 1911 eine Abnahme derjenigen zu beobachten, die keine Arbeiter beschäftigen.

Von den Betrieben mit Personal hatten:

| | mehr als 10 Arbeiter | 11 bis 50 | 51 bis 100 | 101 bis 500 | mehr als 500 |
|------|----------------------|-----------|------------|-------------|--------------|
| 1911 | 172 | 60 | 17 | 10 | 4 |
| 1912 | 171 | 64 | 16 | 15 | 5 |

Stellt man die Betriebe, die nur Zigaretten, und jene, die Zigaretten und Zigarettentabak herstellen, nach der Größe hinsichtlich der Zahl ihrer Arbeiter in eine Kürbrik, so ergibt sich für 1911 und 1912 folgendes Bild:

Es waren Betriebe

| | ohne Arbeiter | mit bis 10 | mit 11 bis 50 | mit 51 bis 100 | mit 101 bis 500 | mehr als 500 |
|------|---------------|------------|---------------|----------------|-----------------|--------------|
| 1911 | 496 | 666 | 96 | 22 | 26 | 6 |
| 1912 | 560 | 601 | 99 | 23 | 29 | 8 |

Diese Zusammenstellung zeigt deutlich, daß die kleinen Betriebe verdrängt werden, denn der Zunahme von 64 Einzelbetrieben steht eine Abnahme von 65 Betrieben, die bis zu 10 Personen beschäftigen, gegenüber, während die größeren Betriebe eine Zunahme zeigen. Aber in der Zigarettenindustrie ist die Zahl der Arbeiter für die Produktionsmenge der Betriebe nicht allein maßgebend, da die Maschinenarbeit, die natürlich von den Großbetrieben am umfassendsten zur Verfügung gelangt, eine sehr bedeutende Rolle spielt. Doch auch schon aus der Gestaltung der Betriebe nach der Größe ihrer Arbeiterzahl ist ohne weiteres zu erkennen, daß das Mehr der Zigarettenproduktion, das im Jahre 1912 1,6 Milliarden Stück betrug, lediglich auf die Großbetriebe entfällt, die ohnehin vielleicht schon acht bis neun Zehntel der Gesamtproduktion beherrschen.

Die Zahl der Betriebe, die nur Zigarettentabak herstellen, ist, wie auch im Vorjahr, 46. Ohne Personal arbeiteten 9 (4), mit mehr als 10 Personen 27 (29), mit 11 bis 50 Personen 9 (12), mit 51 bis 100 Personen 1 (1) Betriebe. Die eingeklammerten Zahlen sind die für 1911.

Es kommen dann noch die Betriebe in Betracht, die nur Zigarettenhülsen herstellen; ihre Zahl ist 26, gegen 32 im Jahre 1911. Ohne Hilfskräfte arbeiten 7 (5), mit bis 10 Personen 10 (19), mit 11 bis 50 Personen 8 (7), mit 101 bis 500 Personen 1 (1). Die eingeklammerten Zahlen gelten für 1911.

Interessant zu beobachten ist, wie sich die Maschinenarbeit in der Zigarettenindustrie ausdehnt. Zwar sind ja leider keine Zahlen vorhanden, die uns Aufschluß geben, wieviel Zigaretten mit der Hand und wieviel mit der Maschine angefertigt werden. Eine Feststellung dieser Art von Jahr zu Jahr würde vielleicht unsere Verwunderung über die schnelle Entwicklung zur Maschinenproduktion erregen. Immerhin zeigen auch schon die folgenden Zahlen recht deutlich das Verschwinden der Handarbeit. Von den Fabriken, die nur Zigaretten herstellen, hatten reine Maschinenarbeit 42 (41), Maschinen- und Handarbeit 122 (120), reine Handarbeit 841 (842). Von den Fabriken, die Zigaretten und Zigarettentabak herstellen, hatten reine Maschinenarbeit 7 (3), Maschinen- und Handarbeit 154 (127), reine Handarbeit 153 (179). Die eingeklammerten Zahlen gelten für 1911. Hält man die Zahlen bezüglich Hand- und Maschinenarbeit der Betriebe, die nur Zigaretten und Zigarettentabak herstellen, für die drei letzten Jahre gegeneinander, so tritt die Entwicklung zur Maschinenproduktion noch deutlicher in die Erscheinung.

Es arbeiteten Betriebe mit

| | reiner Maschinen- | mit Hand- und | mit reiner Han- |
|------|-------------------|-----------------|-----------------|
| | arbeit | Maschinenarbeit | arbeit |
| 1910 | 41 | 281 | 1087 |
| 1911 | 44 | 247 | 1021 |
| 1912 | 47 | 276 | 1014 |

Von den Betrieben, die nur Zigarettentabak herstellen, arbeiteten 1912 mit reiner Maschinenarbeit 20 (19), mit Maschinen- und Handarbeit 16 (18), mit reiner Handarbeit 10 (9). Von den Betrieben, die nur Zigarettenhülsen herstellen, arbeiteten mit reiner Maschinenarbeit 20 (28), mit Maschinen- und Handarbeit 2 (1), mit reiner Handarbeit 4 (3). Bei der letzten Betriebsgruppe ist allerdings auffällig, daß die Betriebe mit reiner Maschinenarbeit sich um 8 vermindert haben. Allerdings haben die Zigarettenhülsenfabriken um 6 abgenommen, was freilich noch keine genügende Erklärung für diese Erscheinung ist.

Die Zahl jener Betriebe, die *h e i m a r b e i t e r* beschäftigen, ist weiter zurückgegangen, wenn auch nur mäßig; sie betrug 307, gegen 319 in 1911 und 355 in 1910. Das ist ohne Zweifel eine Folge der Maschinenarbeit.

Die rasende Entwicklung der Zigarettenindustrie wird besonders deutlich in der Zahl der hergestellten und versteuerten Zigaretten illustriert. Im Jahre 1911 wurden im deutschen Zollgebiet 9382,4 Millionen Stück Zigaretten, im Jahre 1912 aber 10 995,4 Millionen Stück hergestellt; das ist ein Mehr von 1613 Millionen Stück, oder 17,2 Prozent. Von 1910 auf 1911 betrug die Steigerung 12,2 Prozent. Versteuert wurden in 1912 10 771,1 Millionen Stück. Die Zigarettensteuer brachte denn auch im Rechnungsjahr dem Reiche einen erheblich größeren Betrag ein, und zwar 41,2 Millionen Mark, gegen 24,6 Millionen in 1911.

Auch die Einfuhr ausländischer Zigaretten hat sich gehoben, indem 1912 746,7 Millionen Stück, gegen 688,5 Millionen Stück in 1911, verzollt wurden; das sind 58,2 Millionen Stück, oder 8,5 Prozent mehr.

Unsere Zigarettenausfuhr ist um 18,9 Millionen Stück, von 124,1 Millionen in 1911 auf 143 Millionen Stück in 1912 gestiegen.

Alles in allem zeigen diese Zahlen den beispiellosen Aufschwung einer Industrie, die noch vor ein paar Jahren so gut wie bedeutungslos war. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Zigarette unter solchen Umständen eine verdienstbringende Konkurrenz geworden ist. Nicht zuletzt ist der ungeheure Aufschwung der Zigarettenindustrie auf das Konto der Wertsteuer zu schreiben, unter deren Last die Zigarettenindustrie so schwer leidet. An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie möchten wir aber die dringende Mahnung richten, gerade in dieser günstigen Zeit durch den Beitritt zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband an die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu denken, die noch sehr daneben liegen. Es ist nicht ausgeschlossen, und bei unserer Steuerpolitik sogar wahrscheinlich, daß auch in der Zigarettenindustrie noch wieder schlimmere Tage kommen. Was man sich in guten Zeiten erlämpft, das hat man. Heute stehen noch viele Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarettenfabriken selbst in großen Städten der Organisation fern. Sollten sie nicht einmal zu der Erkenntnis kommen, daß man den Vorteil solchen Aufschwungs nicht allein dem Kapitalisten willig überlassen darf?

Wie stark sind die Branchen im Tabakarbeiter-Verband vertreten?

Es ist nicht nur interessant zu wissen, in welcher Zahl sich die Arbeiter der einzelnen Berufsgruppen der Tabakindustrie unserer Organisation angeschlossen haben, sondern mit Rücksicht auf Lohnbewegungen und Agitation ist es vor allem für die Funktionäre unbedingt nötig, sich genau darüber zu unterrichten. So ist man denn auch wohl immer in der Lage, bei etwaigen Aktionen die Verhältnisse dieser Art genügend zu übersehen. Immerhin dürften nachstehende Feststellungen einen genauen Überblick über das Organisationsverhältnis der verschiedenen Arbeitergruppen der Tabakindustrie gestatten.

Die Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes war am Schluß des Jahres 1912 bekanntlich 37 211. Wollen wir nun das Verhältnis der Organisierten zur Gesamtarbeiterchaft der Tabakindustrie feststellen, so müssen wir uns nach einer Zahl umsehen, die den Stand der in der Industrie beschäftigten Tabakarbeiter

möglichst genau angibt. Da stehen uns denn keine besseren Zahlen zur Verfügung, als die der Tabakberufsgenossenschaft, obgleich zu bedenken ist, daß es sich dabei um Vollarbeiter handelt, und außerdem, daß nicht alle Tabakarbeiter gegen Unfall versichert sind; und zwar ein Teil der Hansarbeiter nicht. Aber wie gesagt, andere Zahlen, die ein Bild über den Umfang der beschäftigten Arbeiter geben, stehen nicht zur Verfügung, denn die Berufszählung von 1907 kann hier keine Verwendung zum Vergleich finden. Wird übrigens in jedem Jahre eine Feststellung der Art gemacht, wie es in diesem Aufsatz geschieht, so ist in der Gegenüberstellung der Verbandszahlen zu den Zahlen der Beschäftigten der Tabakberufsgenossenschaft sehr wohl ein gewisser Vergleichswert gefunden; denn die Zahlen der Tabakberufsgenossenschaft werden, so gut wie die unsern, von Jahr zu Jahr nach derselben Grundlage aufgestellt. Scheiden wir nun die für die Mitgliedschaft im Tabakarbeiter-Verband nicht in Frage kommenden, aber in der Tabakberufsgenossenschaft versicherten Arbeiter der Tabakindustrie, wie Fuhrleute, Tischler, Küstenmacher usw. aus, so bleiben nach der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft für 1912 noch 168 211 Arbeiter und Arbeiterinnen als für den Tabakarbeiter-Verband in Betracht kommend übrig. Demnach waren 22,10 Prozent der gesamten Tabakarbeiter bereits in unserem Verband organisiert.

Die Zahl der in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter betrug nach der Statistik der Berufsgenossenschaft 142 415, das sind 84,59 Prozent der für uns in Organisationzwecken in Betracht kommenden Tabakarbeiter; nach unserem Jahresbericht für 1912 hatten wir 32 215 in der Zigarettenindustrie tätige Mitglieder, so daß also 22,62 Prozent dieser Arbeiter organisiert sind.

In der Zigarettenindustrie waren 1912 nach der Berufsgenossenschaft 16 161 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, von denen 3047 oder 18,85 vom Hundert dem Tabakarbeiter-Verband angehörten.

In der Rauchtabakindustrie ist das Organisationsverhältnis am günstigsten; beschäftigt waren 3993 Personen, davon organisiert 1684, so daß von je 100 Rauchtabarbeitern 42,17 begriffen haben, daß man seine Lage nur durch Zusammenschluß verbessern kann.

Bei den übrigen Arbeitergruppen der Tabakindustrie sieht es mit der Organisation noch recht traurig aus. Für die Rauchtabakindustrie kommen 3666 Arbeiter in Frage, von denen nur 152, gleich 4,15 vom Hundert organisiert sind. In der Schnupftabakindustrie ist das Verhältnis folgendermaßen: Die Arbeiterzahl war 1021, die Zahl der Organisierten aber nur 29, so daß auf 100 Arbeiter dieser Branche nur 2,84 Organisierte entfallen. Schließlich ist noch zu beachten, daß noch 1085 andere Arbeiter der Tabakindustrie für unseren Verband in Betracht kommen; es handelt sich hier meistens um Rauchtabarbeiter. Von diesen sind 84, oder 7,67 vom Hundert, in unserem Verband organisiert. Ordnen wir die Ergebnisse übersichtlich zu einer Tabelle, so sieht diese folgendermaßen aus:

| | Zigarettenindustrie | Rauchtabakindustrie | Schnupftabakindustrie | Großtabakindustrie | Andere |
|-------------------------------|---------------------|---------------------|-----------------------|--------------------|--------|
| Zahl der Arbeiter | 168351 | 142415 | 16161 | 3993 | 3666 |
| Zahl der Organisierten | 37211 | 32215 | 3047 | 1684 | 152 |
| Prozentzahl der Organisierten | 22,10 | 22,62 | 18,85 | 42,17 | 4,15 |
| | | | | 2,84 | 7,67 |

Es zeigt sich also, daß die Arbeiter der Zigarettenindustrie in ihrem Organisationsverhältnis ein wenig, daß die Rauchtabarbeiter aber weit über den Durchschnitt hinausragen. Dagegen bleiben die übrigen Gruppen unter dem Durchschnitt, allerdings sind die Arbeiter der Zigarettenindustrie nahe daran, ihn zu erreichen. Bei den Rauch- und Schnupftabarbeitern kann nur erst von einem Organisationsaufgang geredet werden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch gleichzeitig mitteilen, wie groß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in den Branchen ist und stellen wir deshalb folgende Tabelle zusammen:

| | Sum. Bevölk. | Zigarettenindustrie | Zigarettenindustrie | Rauchtabakindustrie | Schnupftabakindustrie | Andere |
|---------------------------|--------------|---------------------|---------------------|---------------------|-----------------------|--------|
| Organisierte überhaupt... | 37211 | 32215 | 3047 | 1684 | 152 | 29 |
| Davon weiblich | 18053 | 14870 | 2386 | 733 | 57 | 6 |
| In Prozenten . | 48,52 | 46,16 | 76,67 | 43,58 | 37,50 | 60,71 |

Da nicht bekannt ist, wie viel weibliche Personen in den Branchen beschäftigt werden, läßt sich das Verhältnis der organisierten

Arbeiter sind, so dass, auf das Ganze Bezug genommen, die Arbeitnehmer noch lange nicht ihrer Zahl entsprechend organisiert sind, wenn man die Zahl des allgemeinen Durchschnitts in Betracht zieht.

Im übrigen möge vor allem aus der ersten Tabelle erkannt werden, dass das Organisationsverhältnis in keiner Branche genügend ist. Die Tabakarbeiterchaft braucht große und energische Kämpfe zur Verbesserung ihrer schlechten Lage, da muss also mit aller Macht darangegegangen werden, die Lücken süberall auszufüllen.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

III.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeitverkürzung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeitverkürzung für 879 186 Personen von zusammen 880 161 Stunden pro Woche, ferner eine Lohnverhöhung für 580 021 Personen von zusammen 940 901 M pro Woche. Außerdem erreichten 888 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 erzielten 203 810 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden und 502 000 Personen eine Lohnverhöhung von zusammen 1 068 504 M pro Woche. Ein Vergleich der Zahlen ergibt, dass 1912 ein grösseres Mass von Arbeitszeitverkürzung erzielt wurde, während die Erfolge bei den Lohnverhöhungen geringer sind. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, dass sowohl in der Zahl der Personen, wie auch in der Gesamtkomme der Lohnverhöhung, nicht die von dem Buchdrucker-Verband bei dem Abschluss des neuen Laienvertrages erreichten Lohnaufbesserungen enthalten sind. Der Vorstand des Verbandes bemerkt hierzu: Dass alle Personen, die zum Lohnminimum und bis zu 3 M über diesem entloht wurden, eine Lohnaufbesserung von 10 pSt. der übrige Teil Lohnzulagen von 1,25 M bis 2,25 M pro Woche erhalten habe. Da unter den abgeschlossenen Tarifvertrag 62 976 Personen fallen, so kann man ruhig behaupten, dass mit Einschluss der vom Buchdrucker-Verband erreichten Erfolge die im Jahre 1912 in bezug auf Lohnverhöhung erreichten Resultate den vorjährigen entsprechen dürften. Im Durchschnitt entfiel 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von 2½ Stunden und eine Lohnverhöhung von 1,79 M pro Woche.

1911 botrug der Durchschnittsatz am Lohnverhöhung gleichfalls 1,79 M pro Woche. Dagegen die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung 2½ Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahr.

Durch die Abwehrbewegungen ohne und mit Arbeitszeitverkürzung wurde 1912 abgewehrt: Für 2337 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 38 794 M pro Woche; ferner für 55 580 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Zwei erfolgter Abwehr traten am Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 44 Stunden und für 1187 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3014 M pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erzielten 1738 Personen. Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1912 der weitaus grösste Teil des Erfolges auf die Lohnbewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung. Von der gesuchten Arbeitszeitverkürzung wurde für 319 547 Personen = 84,5 pSt. zusammen 677 241 Stunden = 81,6 pSt. und von der gesuchten Lohnverhöhung von 345 074 Personen = 66,1 pSt. zusammen 644 501 M = 68,1 pSt. bei den Bewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung erreicht.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4804 Fällen zum Abschluss von Tarifverträgen für 351 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 250 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Aussperrungen. 1911 erfolgte der Abschluss von 3499 Verträgen für 304 481 Personen. Es wurden demnach 1912 in 1805 Fällen Verträge mehr abgeschlossen. Auf die einzelnen Gewerbe gruppen verteilen sich die Verträge folgendermaßen: Baugewerbe 722 mit 47 955 Personen, Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau 573 mit 64 299 Personen, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 101 mit 76 280 Personen, Holzindustrie 521 mit 31 166 Personen, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 442 mit 17 041 Personen, Bekleidungs-, Leders- und Textilindustrie 273 mit 39 430 Personen, Handels- und Transportgewerbe 566 mit 48 388 Personen.

Der grösste Teil der Verträge entfällt auf das Baugewerbe, der grösste Teil der Personen, für die Verträge abgeschlossen wurden, kommt dagegen auf das graphische Gewerbe. Die starke Personenzahl dieser Gruppe ist zurückzuführen auf den neuverierten Buchdrucker-Tarif.

Nicht in allen Fällen wird man den Abschluss eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter ansprechen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Mass an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: dass in dem gegenwärtigen Bereich gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtswirksame Normen zu schaffen, die Anfang für eine völige Umwidmung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeitersrechts dürfen in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umwidmung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Wettbewerbsrecht im Produktionsprozess gewachsen zeigen werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben schon bisher den Gewerkschaften große Opfer auferlegt. Aber gerade aus diesen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentwicklung wird fortwährend mit dem wachsenden Umfang der Arbeitskämpfe. Noch stehen Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften fern. Diese unangeführten Massen werden durch die immer stärker erfolgenden, konzentrischen Angriiffe des Unternehmertums immer weiter in die Kämpfe um die wirtschaftliche Macht hinzugezogen. Sie werden zum Massenbewusstsein kommen und die Reihen ihrer kämpfenden Klassenmassen verstärken.

Wir sehen aber auch die frohe Zukunft, das unter dem Eindruck der kommenden wirtschaftlichen Massenkämpfe die heut leider noch in verschieden Heerläger gesiedelten organisierten Arbeiter sich zusammenfinden und damit dem die Arbeiterschaft ausbreitenden Unternehmertum die geschlossene Phalanx aller Ausgebeuteten entgegensetzen werden.

Kennen? Die Angst war unnötig, denn in Baden wählen auch noch viele Tabakarbeiter ihre liberalen und liberalkonservativen Parteien, wie der Ausgang der Wahl zeigt hat, trotzdem ihnen so gründlich das Fell über die Ohren gezogen wird. Aber nun ist die Antwort heraus. Die Südbadische Tabakzeitung verkündet in ihrer Nummer vom 26. Oktober:

Der Verband der Zigarettenfabrikanten hält eine Generalversammlung ab, um die Forderungen des Centralverbandes der christlichen Tabakarbeiter einer Prüfung zu unterziehen. Der Vorstand vertrat die Auffassung, dass eine allgemeine Lohnverhöhung durchführbar ist, da die Zigaretten-Industrie seit einigen Jahren mit einem sehr knappen Verdienst und teilweise sogar mit Verlust arbeitet, und im Falle einer Preiserhöhung der Zigaretten ein weiterer Rückgang des Verbrauchs zu befürchten wäre. Der geforderte Mindestlohn von sieben Mark könnte auch schon bestellt unmissverständlich bestellt werden müssen. Auch gegenüber den übrigen Forderungen der Arbeiterorganisation, insbesondere betr. die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, die Abschaffung der Überzigarren und der Materialstrafen und den Abschluss von Tarifverträgen, verhielt sich der Vorstand ablehnend.

So! Warum? Bei solchen „Kleinigkeiten“ brauchte es wohl keiner Begründung. Wir hätten allerdings gern gewusst, ob die Arbeiterausschüsse auch Geld kosten, so dass die Industrie ruinieren wird, wie man es ja wohl auch annehmen muss, dass es geschehen wird, wenn die Überzigarren und Materialstrafen abgeschafft werden. Von den Tarifverträgen wollen wir erst gar nicht reden, sie entzehen ohnehin jedes ehrbare Fabrikantengemüth.

Abgelehnt! Ganz radikal, ganz rächenhaft abgelehnt! Wir können selbstverständlich nicht wissen, was der christliche Verband nun unternehmen wird, um den Herren in und um Mannheim in die Parade zu führen, aber soviel ist sicher, die badischen Tabakarbeiter haben alle Ursache, sich in hellen Hauen zusammenzuscharen und die elsig-kalte Boshaft mit einer glühenden Leidenschaft für die Organisation, für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, zu beantworten. Wir meinen, die Situation ist jetzt ungemein klar und deutlich.

Die Tarife und Bedingungen der „Volkssicherung“.

Von Martin Hirschfeld (Berlin).

Es dürfte den Lesern des Tabak-Arbeiter besonders jenen, die sich praktisch mit der „Volkssicherung“ zu beschäftigen haben, willkommen sein, wenn wir die Tarife und Bedingungen dieses auf gewerblicher und genossenschaftlicher Grundlage ruhenden Versicherungsunternehmens durch einen Fachmann in unserem Blatte in mehreren Aufsätzen erklären lassen. D. Ned.

I.

Auf seinem Gebiete des Versicherungswesens kam der kapitalistische Erwerbscharakter bisher so unumstritten zum Ausdruck, als gerade auf dem Gebiete der sogenannten „Voll-Versicherung“. Auf den übrigen Gebieten der Lebensversicherung z. B. sorgte schon die Konkurrenz der großen alten Gegenleistungsgesellschaften, der Stuttgarter, alten Leipzig, Karlsruher und Gothaer dafür, dass auch die Altengesellschaften das sogenannte gemischte System annahmen, d. h. einen sehr erheblichen Teil der in diesen Branchen erzielten Überschüsse den Versicherten wieder zuzuwenden. Ja, eine dieser Altengesellschaften geht noch weiter und verspricht in ihrem von ihr herausgegebenen Handbuch der Lebensversicherung (im wesentlichen eine Tarifsammlung) ihren Lebensversicherten noch eine Beteiligung an dem Gewinn ihrer Branchen ohne Gewinnbeteiligung, und konstatiert als Folge dieser Gewinnbeteiligung, dass ihre Lebensversicherten infolgedessen bei ihr noch besser sorgen werden, als wenn sie eine eigene Gesellschaft nach den Grundsätzen reiner Gegenleistung gründen würden. Es kann hier, wo wir von den Tarifen und Bedingungen der „Volkssicherung“ reden wollen, nicht unzureichend Sache sein, zu untersuchen, welche unglaublich edlen Motive die Geschäftsinhaber der betreffenden Gesellschaft bewegen haben, ihren Lebensversicherten noch Gewinne auszuhändigen, die gar nicht aus ihren Versicherungen gestlossen sind, es genügt uns hier, eine Unterstützung unserer auch sonst noch genügend fundierten Annahme zu finden, dass auch die Volkssicherten dieser Gesellschaft zu den an die großen Lebensversicherungen überwiebenden Gewinnquoten irgendwie beisteuern müssten.

Jedenfalls wage selbst diese Gesellschaft es nicht, etwa zu behaupten, dass auch ihre Volkssicherten mehr oder auch nur ebensoviel erhalten, als ihnen nach den Grundsätzen der reinen Gegenleistung gebührt würde.

Der Erwerbscharakter der kapitalistischen Vollversicherung kommt natürlich nicht überall unverhüllt zum Vorschein. Es ist nicht zu leugnen, dass sie in geheimer Weise bei Ausarbeitung ihrer Tarife darauf Rücksicht nahmen, solche Kombinationen zu wählen, bei denen der Versicherte den Wert und normalen Preis seiner Versicherung nicht abzuschlagen in der Lage sein soll. Auch das System, extravagante hohe Prämien zu erheben und dafür anderseits große Gewinne in Aussicht zu stellen, gehört in die Rubrik dieser Hilfsmittel zur Verdunkelung des Tarifstandes. In dieser Hinsicht ist die „Volkssicherung“ in konsequenter Weise außerordentlich energisch gegen die versiegene Anwendung vielleicht im Prinzip richtiger Methoden vorgegangen, indem sie ihren Tarifberechnungen einen modernen Standard gab, die deutsche Tariftafel 1891 bis 1900 zugrunde legte und die Verwaltungskostenabflüsse nicht wesentlich höher wählte, als den wirklich zu erwartenden bedeckten Verwaltungskosten enthielt. Selbstverständlich folgt daraus die Pflicht, bei der Aufnahme der Versicherten vorsichtig zu sein, um eine Massenaufnahme minderwertiger Risiken zu verhindern. Unser Publikum wird, des sind wir sicher, für entsprechende Maßnahmen der „Volkssicherung“ Verständnis haben.

Bei entsprechender Handhabung der Aufnahme wird die „Volkssicherung“ natürlich Überschüsse erzielen. Diese fallen bei einer gewissen Anzahl Versicherungsstätte natürlich den Versicherten wieder zu, und zwar uneingeschränkt, ohne Abzüge für Aktionär, Aussichtsrats- und andere Renten. Doch muss bei der Beteiligung der Versicherten natürlich ein Unterschied gemacht werden insoweit, als nicht jede Versicherungsform in gleichem Masse an der Erzielung der Überschüsse teilgenommen hat. In dieser Hinsicht ist nun zunächst ein großer Unterschied zu machen zwischen den zwei grossen Gruppen, in die die „Volkssicherung“ ihre Versicherungen einstellt. Den Kapitalversicherungen im kleinen Rahmen und Sparversicherungen im grossen. Die letztere Gruppe bedeutet, abgesehen von ganz schwäbischen und in den Ansätzen stets gebliebenen Versuchen einer Stuttgarter Gesellschaft, eine außerordentlich interessante Neuerung, die die „Volkssicherung“ deshalb pflegen kann, weil sie auch in der Tariffrage ihr das Interesse der Versicherten berücksichtigt und ihnen jede Versicherungsform präsentiert, die für sie Bedeutung gewinnen kann.

Zur Charakteristik dieser Form diene folgende Erläuterung: Der Versicherte zahlt zu beliebigen Zeiten beliebige Summen ein und erwirbt, sobald die Zahlungen einen Wert von mindestens 5 M erreicht haben, Anspruch auf Zahlung einer seinem Alter und der gewählten Kombination entsprechenden Versicherungssumme, die bestehen bleibt, unabhängig davon, ob weitere Zahlungen später erfolgen oder nicht. Durch weitere Zahlungen der gleichen Art kann ein aber natürlich jederzeit weitere Ansprüche erhoben werden, und ähnlich einer sparsamkeitsmässigen Anhäufung von Geldern, der Versicherungsanspruch allmählich steigen.

Der Sparcharakter dieser Versicherung ist stark vorwiegend und bedingt deshalb ein Zurücktreten des Risikocharakters. Ein erheblicher Aufschlag auf die Prämie zu Sicherheitszwecken schien deshalb hier nicht erforderlich. Der Versicherte erhält also diese Versicherung schon annähernd zum Nettoprofitkreis, kann deshalb nicht die Beteiligung am Gewinn der Gesellschaft erwarten wie bei der üblichen Kapitalversicherung.

Bei dieser Versicherungsform wird vorsichtigerweise ein Gewinnanteil, deshalb zuerst überhaupt nicht in Aussicht gestellt. Eine wichtige Ergänzung erhält der Tarif durch die Einführung einer sogenannten „Spar-Versicherung“, die jedoch nur in Verbindung mit der Sparversicherung als Hauptversicherung gewählt werden darf. Die im Falle des Todes des Versicherten nach diesem Tarif während der ersten zehn Jahre zahlbaren und ständig ansteigenden Versicherungssummen sind so bemessen, dass sie die durch Sparversicherungen angehäuften steigenden Prämien auf die

Keine Lohnverhöhung für die badischen Tabakarbeiter!

Es war ja nach den offiziellen Erklärungen in den Unternehmerblättern vorauszusehen, welche Antwort der christliche Tabakarbeiterverband auf seine Forderungen, die er an den Verband der unterbadischen Zigarettenfabrikanten richtete, erhalten würde. Die Fabrikanten haben mit einer dichten Antwort recht lange gezögert, fürchteten sie, dass ihre Ablehnung einen in ihrer Sicht ungünstigen Eindruck auf die Landtagswahlen setzen könnte! Die

günstigste ergänzen und somit diese Form zu einer fast ebenso vollkommenen Versorgungsform für die Angehörigen des Versicherten im Falle vorzeitlichen Todes gestalten wie die übliche Kapitalversicherung. Dagegen kann die allmählich aufgeholte Summe bei diesem Tarif schließlich erheblich höher werden als die bei gleicher Prämie in der Kapitalversicherung erworbene Versicherungssumme. Ein Beispiel werden wir bei Besprechung der Einzeltarife durchgehen.

Die Prämien der Kapitalversicherungen, bei denen vom Moment der ersten terminischen Prämie an sofort ein bestimmtes Kapital versichert ist, müssten wegen des höheren Risikos mit erheblicher Aufschlager berechnet werden, berechtigen dafür aber auch sofort zur Teilnahme am Gewinn der Gesellschaft. Der Versicherte erhält also die eventuell zuviel bezahlten Aufschläge ungeteilt durch Lantemmen aller Art zurück und steht sich aus diesem Grunde besser als bei einer kapitalistischen Gesellschaft. Hierzu kommt ein sehr wichtiger anderer Vorteil.

Bei ihrem Bestreben, einen erheblichen Bestand an Versicherungen möglichst rasch zusammenzubringen, um so die inneren Verwaltungskosten prozentual zu vermindern, wird die „Volksfürsorge“ doch niemals Gewaltakquisition treiben, das die kapitalistischen Gesellschaften tun. In deren Interesse liegt es, übermäßig hohe Alkoholabgaben ohne Rücksicht auf die Versicherten herauszumachen, um so den absoluten Gewinn durch Steigerung des Bestandes zu erhöhen. Dies führt nicht nur zur Verkürzung der einzelnen Versicherung, welche ihren Anteil an den unmittelbar gestiegenen Alkoholabgaben natürlich tragen muss. Dies ist der wichtigste Grund, weshalb die Versicherungen der „Volksfürsorge“ sich billiger gestalten müssen als bei den kapitalistischen Gesellschaften.

Die „Volksfürsorge“ bietet uns für die Versicherungsform eine Reihe von Tarifkombinationen, die es in reicherlicher Weise gestatten, Auswahl zu treffen. Von den bekannten Tarifkombinationen der kapitalistischen Gesellschaften fehlt nur die Todesfallversicherung mit lebenslanger Prämienzahlung, und das mit Recht; eine Prämienzahlungsdauer von höchstens 40 Jahren ist den Bedürfnissen der unteren Volksklassen bedeutend besser angepasst. Die „Volksfürsorge“ sieht für ihre beiden Haupttarife (Tarif I) reine Todesfallversicherung mit abgekürzter Prämienzahlung und Tarif II Versicherung auf den Todess und Erlebensfall, die Prämienzahlung resp. Versicherungsbauer von 15, 20, 25, 30, 35, 40 Jahren vor. Für einen dritten Tarif (Tarif III), bei welchem das Kapital beim Tode statthaft ist bei Erreichung des 65., 60., 55., 50., 45., 40. Lebensjahrs fällig wird, ist lediglich die zehnjährige Prämienzahlungsdauer vorgesehen.

Es sind also bei Tarif I und II lediglich die runden durch 5 teilbaren Versicherungszeiten, bei Tarif III lediglich runde Endalter vorgesehen. Immerhin bedeutet dies bereits eine Fülle von Kombinationen, von der das Dichterwort gilt: „Wer dieses bringt, wird jedem etwas bringen.“

Ein besonderer Tarif IV mußte für die Zwecke der Kinderversicherung geschaffen werden, weil hier das Geist über den Versicherungsvertrag bis zum erreichten Alter von 7 Jahren die Übernahme des Todesfallsrisikos stark beschränkt. Diese Bestimmungen mußte sich die „Volksfürsorge“ anpassen. In Absicht nehmen die Kinderversicherungstarife der „Volksfürsorge“ als Ende der Prämienzahlungsdauer den 15. Lebensjahr. Stirbt das versicherte Kind vor Erreichung eines Alters von 7 Jahren, so werden nur die eingezahlten Prämien zurückgedehnt. Das Kapital wird bei Ablauf der Prämienzahlungsdauer nur einen Hälften, bei Erreichung des 20., 25. oder 30. Lebensjahres je nach Wahl des besonderen Tarifes zur anderen Hälfte fällig.

Auch für die Kinderversicherung besteht außer der Form der Kapitalversicherung Tarif IV, die Form der Sparversicherung Tarif VI.

So viel zur Charakterisierung der Tarife im allgemeinen. Die große Überlegenheit gemeinnütziger Unternehmungen über kapitalistische Erwerbsinstitute auf dem Versicherungsgebiete kommt in rein formalen Bestimmungen der Tarife nur zum kleinsten Teil zum Ausdruck. Die Vorzüge in Verwaltung, Infrastruktur und Propaganda können erst in der Jahresbilanz und den den Versicherten wieder zugänglichen Gewinnanteilen voll zum Ausdruck kommen. Wir sind weit entfernt davon, für unsere Gründung auf diesem Gebiete Vorschubzwecken erneut zu wollen und versagen es uns daher, schon jetzt in dieser Beziehung Abschätzungen vorzunehmen. Die Tarife gelgen jedoch in einem Punkte sehr deutlich die Überlegenheit des Prinzips der Gemeinnützigkeit, es ist die Präsentierung von Tarifen, an denen die kapitalistischen Gesellschaften, weil sie für die Gesellschaften selbst nicht gewinnbringend zu werben versprachen, achtslos oder gar mit verdächtig geringem Eifer vorübergingen. Diese Gesellschaften wollen Versicherungsformen mit hohem Risiko, weil sie dann leichter auch hohe Aufschläge und Gewinne rechtfertigen können. Sie schlagen dem Publikum daher stets nur die Kapitalversicherung vor. Anders die „Volksfürsorge“. Sie konnte dem Publikum sofort eine zwar wenig Gewinn versprechende, den Sparcharakter der Versicherung dafür aber verstärkende Kombination vorlegen. Es wird sich zeigen müssen, wie weit diese Form den Wünschen des Publikums entspricht.

In den weiteren Artikeln wollen wir die Tarife mehr in ihren Einzelheiten betrachten. —

Mitteilungen aus dem Beruf.

Deutsche Zigaretten-Konvention. Was das ist? Einiges ganz Neues, und soll dazu beitragen, die Trust- und Antitrustgemüter zu der so notwendigen Ruhe zu bringen. Immer kann man doch nicht in der Spannung des Kampfes leben, dachte wohl der ehemalige Syndikus des Trust-abwehrverbandes, Herr Goerrig, und so ging er hin und „gründete“ das noch fehlende Glied im Organisationswirrwarr unserer Tabakinteressenten unter dem stolzen Namen „Deutsche Zigaretten-Konvention“. Und da es ohne „Syndikus“ heutzutage nun einmal nicht geht, mußte Herr Goerrig notwendigerweise auch Syndikus seiner eigenen Gründung werden. Ober ist Herr Goerrig gar nicht der eigentliche Gründer und sitzen die eigentlichen Manipulanten — Verzeihung: Manipulanten! Wir verschreiben uns — befrieden im Hintergrund? Zweit der Deutschen Zigaretten-Konvention soll sein:

1. Das gefürchtete Privatmonopol in der Zigarettenindustrie durch eine vertragliche Bindung der Trustfirmen zu beseitigen. Die Deutsche Zigarettenkonvention wird nur einem Vertrag zustimmen, der der Zigarettenbranche in dieser Beziehung absolut einwandfreie Garantien bietet.

2. Durch Vereinbarung zwischen den Gruppen der Fabrikanten, Großisten und Händler geordnete Zustände im Handel mit Zigaretten zu schaffen, Beseitigung der Preisschleuderei, Regelung des Rabatt- und Zugabewesens usw.

Besonders der zweite Programmpunkt liest sich ja sehr neu, aber wir glauben, daß auch die Deutsche Zigarettenkonvention vor Erfüllung dieses Programms eines seligen Todes sterben wird. Es schüttelt uns, wenn wir von großen Zuständen im Deutschen Tabakgewerbe lesen. Und was die vertragliche Bindung anbetrifft, so werden sich die Firmen, ob Trust oder nicht, die unbedeutende Abgrenzung ihres, doch immerhin nicht möglichen Weitelandes nicht befrüchten lassen wollen. Vive la Concurrence! Das gilt sogar unter den „nationalen“ Antitrustfirmen.

Arbeiterzahl und Gefängnisarbeit in der Zigarettenindustrie. Als Maßstab für die Konjunktur in der Zigarettenindustrie müßte ja eigentlich die Menge des produzierten inländischen wie des eingeschafften ausländischen Tabaks gelten. Da die auf den Markt geworfenen inländischen und ausländischen Tabake ungefähr die Menge der Jahre vor der Wertsteuer erreicht hat, müßte man auf einen guten Geschäftsgang in der Zigarettenindustrie schließen. Nun läßt sich aber nicht feststellen, ob auch nach der Wertsteuer die Zigarettenindustrie noch den gleichen Anteil an der Verarbeitung der Gesamtmenge des produzierten und eingeführten Rohtabaks hat; und wenn, ob nicht durch größere Fassons und andere Nebenumstände der Verbrauch, der seit der Steuer wieder gestiegen ist, zu erklären ist, ohne daß von einer günstigen Entwicklung der Geschäftsergebnisse geredet werden kann. Als weiteren Maßstab für den jeweiligen Stand der Konjunktur muß die Zahl der beschäftigten Arbeiter angesehen werden. Nach der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft, die für 1909 und 1910 ein Sinken der Zahl der beschäftigten Versicherten um rund 12 000 meldete, steigt aber die Zahl der Arbeiter wieder. Die Südd. Tabakzeitung beschäftigt sich nun in einem Artikel mit dieser Frage und sucht zu erklären, daß trotz erhöhtem Rohatabverbrauch und trotz gesteigerter Arbeiterzahl noch nicht von gutem Geschäftsgang die Rede zu sein braucht. Uns interessiert im Augenblick der gestiegenen Zahl der versicherten Arbeiter seit 1911 die Ergebnisse der Tabakberufsgenossenschaft nicht auf einen besseren Geschäftsgang schließen lassen. Die Südd. Tabakzeitung schreibt:

„Nimmt man als Grundlage die Zahl der beschäftigten Arbeiter, so muß eine Verminderung der auf jeden derselben entfallenden Produktionsmenge in Anschlag kommen, denn der Rückgang des Verbrauchs hat in überwiegender Weise die billigeren Zigarettenarten getroffen, und die günstige Lage der allgemeinen Erwerbsverhältnisse, welche in den Jahren 1910–1912 zweifelsfrei festzustellen war, hat dazu beigetragen, den Verbrauch von Zigaretten in höheren Preislagen zu haben. Diese erfordert aber in der Regel eine Verbesserung der technischen Arbeitsform, welche wiederum eine Verlangsamung der Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters bedingt. Unter solchen Umständen kann auch die Statistik der berufsgenossenschaftlich gezählten Arbeiter nicht nach dem früher gelassenen Maßstab als Unterlage für eine Produktionsförderung verhelfen werden. Über auch aus einem anderen Grunde noch, welche er unters Wissen bis her vollständig übersehen wurde, erscheinen die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Nachweisungen, selbst mit den vorerwähnten Einschränkungen, durchaus nicht zulänglich für eine Berechnung der Jahresproduktion, wie im folgenden erörtert werden soll. Bis zum Jahre 1909 wurde in Straf-, Korrektions- und ähnlichen Anstalten namentlich in den östlichen Teile des deutschen Reiches ein großer Teil der Insassen mit Arbeiten der Zigarettenindustrie beschäftigt. Von einem Fachmann, welcher die in Betracht kommenden Betriebe kennt, wird uns mitgeteilt, daß er die Zahl damals in solchen Anstalten Beschäftigten auf etwa 12 000 Köpfe schätzt. Nach Einführung des neuen Steuergesetzes wurde der Betrieb entweder vollständig eingestellt oder ganz erheblich beschränkt, soweit dies nach den mit den Unternehmern geschlossenen Verträgen möglich war. Dies geschieht, wie uns mitgeteilt wird, auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden, welche durch diese Einschränkung den durch das Tabaksteuergesetz entstandenen Beschäftigungsangst der freien Arbeiter nach Möglichkeit mildern wollten. Da die in derartigen Anstalten beschäftigten Arbeiter nicht versicherungspflichtig sind, so wurde deren Zahl von der berufsgenossenschaftlichen Statistik niemals erfaßt und deshalb kommt die durch solche Betriebsentwicklungen verursachte Minde rung der Produktion in der Arbeiterstatistik gar nicht zum Ausdruck.“

Wir müssen nun freilich sagen, daß die Beweisführung, soweit die Gefängnisarbeit in der dargestellten Weise in Frage kommt, nicht zutrifft. Mag die Beschäftigung von Gefangenem in der Zigarettenindustrie früher auch verhältnismäßig nicht gering gewesen sein, so muß man doch bei Überprüfung der Sache sagen, daß 12 000 Gefangene wohl niemals in unserer Industrie beschäftigt worden sind, auch nicht beschäftigt werden konnten. Den Beweis wollen wir erbringen. Uns liegt eine Zusammenstellung aus den preußischen Gefängnissen für das Jahr 1907, also vor der Wertsteuer, vor. Danach wurden in preußischen Strafanstalten in der Zigarettenfabrikation 185 Personen beschäftigt, freie Arbeiter aber 98 394, so daß auf 100 freie Arbeiter 0,19 gefangene Arbeiter der Zigarettenindustrie entfallen. Mag nun das Verhältnis für die übrigen Bundesstaaten auch noch ungünstiger sein, obgleich der Verfasser selbst der Meinung zu sein scheint, „daß es in den östlichen, also preußischen Teilen des Reiches am schlimmsten war, so kann aber doch nicht von einer auch nur annähernd so großen Zahl von Gefangenen, die in der Tabakindustrie gearbeitet haben, geredet werden. Zuviel ist allerdings schon ein einziger. Wenn nun, wie der Verfasser ganz richtig behauptet, daß in den letzten Jahren eine Einschränkung der Gefängnisarbeit auch in der Zigarettenindustrie eingetreten ist, indem Gefangene durch freie Arbeiter ersetzt wurden, so kann das nur eine ganz minimale Einwirkung auf die Zahl der Beschäftigten, wie sie in der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft zum Ausdruck kommt, gehabt haben. Und damit fällt die erste Teil der Erklärung der Süddeutschen Tabakzeitung.

Die Tabakindustrie und die internationale Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914. Die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, die in Leipzig im Jahre 1914 unter dem Protektorat Seiner Majestät des Königs von Sachsen und unter großer Beteiligung des Auslandes stattfindet, wird in den großen Gruppen „Papier-Erzeugung“ und „Papier- und Schreibwaren“ eine Fülle von Einzelheiten bringen, die für jeden Geschäftsmann, also auch für den Tabakindustriellen, von hohem Interesse sind. Die Firmen der Papier- und Kartonage-Industrie werden hier in mustergültiger Ausstattung ihre Erzeugnisse vorführen: Zigarettenhülsen mit und ohne Aufdruck, Mundstückpapiere, Zigaretten-Seidenpapiere, Korkpapiere, Bergamotinpapiere, Packpapiere, Packungen aller Art, Zigarettenkartons, Zigarettenhülsen und -beutel, Zigaretten- und Zigarettenetuis, Zigarettenhülsen, Papierzigarettenpäckchen, Kartons, und andere Erzeugnisse aus Papiermasse. Zugleich werden viele Fabriken durch Aufstellung laufender Maschinen und Apparate Gelegenheit geben, die Herstellung aller dieser Erzeugnisse kennen zu lernen. Von besonderem Werke ist es, daß auch die kaufmännische Propaganda auf der Buch-

gewerbe-Ausstellung eingehend behandelt wird und zwar in den beiden Gruppen „Druckverfahren“ und „Verarbeitung, und Werbemittel“.

In reichhaltiger guter Auswahl werden hier Druckreien und Fleißmekanikler die verschiedenen Drucksachen, die auch die Tabakfabrikanten und Händler in ihren Betrieben brauchen, ausstellen, so Prospekte, Kataloge, Blätter, Geschäftsbriefbögen und -karten, Rechnungen, Mitteilungen, Postkarten, Briefverschlußmarken, Etiketten, Kleinschleiche, Informationsblätter u. a. m. Auch diese Gruppen werden die Herstellung ihrer Erzeugnisse und die verschiedenen Druckverfahren vorführen, unter anderem auch den Prägedruck, wie er auch für Zigarettenfilter, Zigarettenhülsen, Zigarettenleibbinden usw. verwandt wird. Eine Zusammenstellung häßlicher, aufdringlicher oder wirkungsloser Kartonagen, Drucksachen u. dgl. als abschreckendes Beispiel wird den Wert einer guten Ausstattung noch besonders hervorheben. Auch die Gruppe „Fachpresse“ wird den Tabakindustriellen interessieren; sie wird die Entwicklungsgeschichte, die kulturellen Ausgaben und Ziele der Fachpresse und ihre Bedeutung für die sachliche Fortbildung vorführen. Zu einer Vollständigkeit, wie sie bisher wohl auf keiner Ausstellung gegeben wurde, wird hier die gesamte Fachpresse auftreten und behaglich eingerichtete Leseräume werden Gelegenheit bieten, in Ruhe einzelne besonders interessierende Zeitschriften einzusehen.

Lohnforderung in einer Neuendorfer Zigarettenfabrik. In der Neuendorfer Volkszeitung lesen wir, daß 80 Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen der Firma Morris & Co. die Arbeit niedergelegt haben, weil ihre Forderung auf Lohn erhöhung von 1 bis 3 Dollar (4,20 bis 12,60 M) pro Mille nicht genehmigt worden ist. Die Firma wollte nur für eine Sorte 1 Dollar mehr zahlen. Es wird berichtet, daß zwar die Löhne dieser Fabrik pro Mille zu den höchsten zu rechnen sind, die in Neuendorf gezahlt werden, aber dafür werde auch sehr keine Arbeit verlangt; das schlimmste aber sei, daß die Firma für jeden Arbeiter ein bestimmtes Pensum festsetze, so daß es dem Arbeiter auch in flottesten Zeiten nicht einmal möglich sei, etwas mehr zu verdienen. Auch wird hervorgehoben, daß die Löhne seit 15 Jahren dieselben geblieben, die Lebensmittelpreise aber gewaltig gestiegen seien. Das Vorgehen der Kollegen ist von der Gesamtunion gebilligt worden, und obgleich alle Ausständigen bezugsberechtigt sind, haben sie doch beschlossen, daß jeder sich nach anderer Arbeit umsehen und fünf Prozent seines Lohnes für die Ausständigen opfern soll.

Bewegungen im Beruf.

Wittenberge (Prov. Brandenburg). Die Aussperrung bei den Firmen Th. Krüger und M. Niemann dauert fort. Vor Zuzug nach diesen Firmen wird dringend gewarnt.

Stadtoldendorf und Umg. Der bei der Firma W. Stuhmann J. Krause, ausgeborene Angriffsstreit in Merghausen dauert fort. Vor Zuzug wird dringend gewarnt.

Derlinghausen. Die Firma Ad. Altenbernd, die eine längere Zeit mit der Arbeit ausscheiden ließ, will nun wieder voll arbeiten lassen. Sie stellt dabei jedoch die Bedingung, daß die Arbeiter eine Reihe Sorten bei verkürzten Löhnen anfertigen sollen. Die so beabsichtigten Lohnkürzungen betragen 1 M und in einem Falle 1,50 M pro Mille. Die Arbeiter lehnen es ab, bei verkürzten Löhnen zu arbeiten und traten deshalb in den Abwehrstreik. Vor Zuzug nach Derlinghausen und Barntrup, wo diese Firma eine Filialfabrik unterhält, wird dringend gewarnt.

Frankfurt a. d. O. Die Differenzen bei der Firma L. Sande, J. Friedrichs, sind zugunsten der Arbeiter beigelegt. Das Bestreben der Firma, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zigarettenarbeiterinnen zu verschlechtern, wurde zurückgewiesen, und dazu errichtet, daß die bestehende Fabrikordnung, die zu ungünstigen der Arbeiter abgeändert werden sollte, nicht abgeändert wird. Die entlassenen Zigarettenarbeiterinnen werden bis auf eine, die auf die Wiedereinstellung verzichtete, wieder eingestellt. Wir richten an die Kollegenschaft das dringende Eruchen, Frankfurt a. d. O. bis auf weiteres zu meiden. Im übrigen besteht die Pflicht, vor einer eventuellen Arbeitsannahme sich erst um Auskunft an den ersten Bevollmächtigten zu wenden.

Zauer (Prov. Schlesien). Die Firma Paul Wille erklärte sich bereit, den Minimallohn von 8 M auf 8,35 M pro Mille zu erhöhen. Die gemachten Lohnzulagen betragen bei einer Sorte 25 S und bei 9 Sorten 35 S pro Mille. Die Rolleralöhne betragen nunmehr bei Lieferung entrichter und aufgelegter Decke 5,50 M bis 7,25 M, und die Wickellöhne bei Lieferung angefeuchteten Umlabats und fertiger Einlage 2,85 M bis 3,50 M pro Mille. Sofern Zuber- oder Vorstenländer-Decke verwandt wird, erhöhen sich die Rolleralöhne um 75 S und bei Mexikodecke um 1 M pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 56 auf 55 Stunden herabgesetzt. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag aufs neue abgeschlossen.

Unternehmertum und Arbeiterschaft in der Breslauer Tabakindustrie.

(Ein Mahnwort an alle, die es anget.)

Breslau, die Metropole Schlesiens, ist eine von den vielen Städten resp. Orten Schlesiens, in denen die Tabakindustrie dominiert. Werden doch heute noch in Breslau circa 2000 Personen in der Tabakindustrie beschäftigt, von denen circa 1800 auf die Breslauer Unternehmen entfallen.

Wenn man nun aber zu der Frage übergeht, unter welchen Verhältnissen schaffen und leben die in der Tabakindustrie Breslaus beschäftigten Personen, so muß man leider konstatieren, daß das geradezu unmöglich gewordene Glück der jüngsten Arbeiter um bei-

den Tabakarbeitern Breslaus zu finden ist, und zwar darum zu stehen ist, weil ein ausbeutungslärmiges Unternehmertum auch die Tabakarbeiter nach allen Regeln der Kunst auszunützen versteht, und die Arbeiter noch teilweise diesem Handeln des Unternehmertums nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen vermögen. Und so feiert dann die Ausbeutung der Tabakarbeiter auch in Breslau ihre größten Triumphen.

Welcher Tabakarbeiter Deutschlands kennt nicht die Firma Deter, wenigstens dem Namen nach. Der Name Deter hat in der deutschen Tabakarbeiterchaft eine gewisse Verschämtheit erlangt und zwar darum, weil, wenn man von Ausnutzung und schlechter Behandlung der Arbeiter in der Zigarettenindustrie redet, auch der Name Deter nicht schlägt. Der Sly der drei Firmen Otto, Arthur und Georg Deter ist Breslau, während in der weiteren und näheren Umgebung noch eine Menge Filialbetriebe bestehen. Auch in Breslau werden von diesen Firmen, mit Ausnahme von Georg Deter, Zigaretten hergestellt. Letzterer ließ vor einiger Zeit seinen Zigarettenbetrieb hier eingehen. Geradezu erbärmlich aber sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben. Wochenlohn für Rollen von 7 bis 11 M sind durchaus nichts seltenes. Dazu die rigorose Behandlung durch die Meister. Das Deckblatt ist derartig, daß fast jede Zigarette gestrichen ist. So ist es allerdings zulässig, daß ein ständiger Wechsel der Arbeiter erfolgt, und daß auch die Firmen Kleingesetze einnehmen. Es werden fast nur Arbeiterinnen beschäftigt, in den Zigarettenfabriken ausschließlich, während bei den Sortierern noch einige männliche vorhanden sind. Mit der Organisation steht es bei den Deters namenslich unter den Tabakarbeitern recht schlecht aus. Kein Wunder, daß auch beträchtliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen.

Ein anderer Musterbetrieb ist die Zigarettenfabrik von W. Löwenberg, die hier circa 100 Tabakarbeiter beschäftigt. Die Firma offeriert in der Süddeutschen Tabakzeitung "Südzigaretten" von 18,50 M bis 20 M pro Mille, rein überseitische Tabake, von 23,50 M an rippengünstig; Zigaretten von 14,50 M an pro Mille ohne Ruppen. Es muß sich nun jeder fragen, wie ist so was möglich? Die Antwort hierauf sei in nachfolgendem gegeben: Die Firma zahlt an Arbeitslohn 8 M, für bessere Sorten 8,50 M. Die Arbeiterinnen, denn nur solche kommen in Frage, bekommen den rohen Tabak geliefert und müssen die fertigen Zigaretten sortiert und gebündelt wieder abliefern. Alles für 8 M. Nun ist der Tabak aber so knapp bemessen, daß es auch bei sparsamster Arbeit nicht möglich ist, die Zahl aus dem Quantum Tabak herauszumachen, die herausgemacht werden soll. Wie helfen sich nun die Arbeiterinnen? Nun, sie gehen einfach zum Tabakhändler und lassen den fehlenden Tabak hinzun. Man sollte es nicht für möglich halten, jedoch ist es bittere Wahrheit. Sie tun es aus dem Grunde, um die "schöne" Arbeit nicht zu verlieren. Man lege sich nun einmal die Frage vor, was können diese Leute verdienen? Die Antwort kann nicht schwer sein. Das Bedauernlichste bei der ganzen Sache ist nur, daß dem Inhaber der Firma nicht das Gewissen schlägt ob solcher Verhältnisse; daß die Firma es ohne weiteres mit ansehen kann, daß die armen Arbeiterinnen von ihrem harten Verdienste noch für die Firma Tabak kaufen müssen. Nur so ist es verständlich, wenn die Firma zu derartig niedrigen Preisen Zigaretten liefert kann, da ja die Arbeiterinnen den Tabak mit kaufen helfen. Auch hier ist das Organisationsverhältnis ein sehr schlechtes, fast keine ist organisiert. Und so gibt es noch eine Reihe von Betrieben, in denen den dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern durch schlechtes Material, schlechte Löhne usw. es fast zur Unmöglichkeit gemacht wird, ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu führen.

Auch in der Zigarettenindustrie wird die Ausbeutung der Arbeiterinnen im starken Maße betrieben. Werden doch für Handarbeit pro Mille noch 1 M gezahlt. Die Zigarettenfabrik "Gulfan", die circa 400 Arbeiterinnen beschäftigt, hat es sich zum Prinzip gemacht, die Organisation mit Stumpf und Stiel zu vernichten. Wehe, wer dort organisiert ist; er darf das Fabrikgrundstück nicht mehr betreten, sondern wird gleich vom Portier abgesetzt. Es ist dort trotz vieler Mühe nicht möglich gewesen, irgendwie Fußfassen zu können. In der Zigarettenfabrik Halbach sind die Löhne fast gänzlich geregelt und kommt die Firma den Wünschen der Arbeiterinnen soweit wie möglich nach.

Wenn man nun aber glaubt, daß bei solchen erbärmlichen Verhältnissen die Tabakarbeiter sich aufzutragen würden, daß sie sich in Kenntnis ihrer traurigen Lage auf sich selbst besinnen würden, um ihre Löhne zu verbessern, so ist man im Irrtum. Gerade diese Kolleginnen und Kollegen leben in Stumpfzinnigkeit dahin. Sie kennen nur das Frönen für den Kapitalismus, um allmählich dabei zu Grunde zu gehen. Man sehe sich nur die ausgemergelten Leute an und man sagt nicht viel, wenn man behauptet, daß diese Leute den Todesstein in sich tragen. Wir können und dürfen nicht zugeben, daß das Eiland unter den Breslauer Tabakarbeitern weiter fortschreitet. Wir müssen versuchen, diese Leute für uns zu gewinnen, um sie aus dem Eiland zur Sonnenhöhe der Freiheit empor zu heben. Darum ist es mit Freuden zu begrüßen, daß unser letzter Bandtag in Anbetracht dieser Verhältnisse unsere Organisation so ausgezeichnet hat, daß Mittel zur Verfügung stehen, um zur Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter mehr als bisher Lohntemppe führen zu können. Nun liegt es an uns, unsere Organisation auszubauen, die uns noch fernstehenden für uns zu gewinnen. Es ist hohe Zeit, daß die Lohnverhältnisse Breslaus aufgerichtet werden. Je geschlossener wir in den Lohnkämpfen eintreten, je leichter wird er zum siegreichen Ende geführt. Wie bekannt, finden im November im ganzen Gau Haussagitationen statt. Hier ist das weite Feld, auf dem sich die Kolleginnen und Kollegen bewegen können, um den Aufbau der Organisation zu fördern.

Auch das Interesse unserer organisierten Kolleginnen und Kolleginnen läßt leider viel zu wünschen übrig. Wenn man auch von dem schlechten Besuch der Versammlungen und Betriebsversammlungen absieht, so ist doch unverkennbar, daß der weitentgriffigste Teil sich am seine Organisation gar nicht kümmert, oder dieselbe noch sogar herunterzieht. Wie bereits oben ausgeführt, bedarf es aber jetzt der Mitwirkung aller Kolleginnen. Da heißt es: Herrn hinter dem Ofen und die Zigaretten etwas aus den Augen gerückt! Es ist gerade kein Beweis für die Arbeitsfreudigkeit der Breslauer Kolleginnen, wenn 2 bis 3 Kolleginnen von unserer zentralen Sonntags- und Haussagitation gehen. Es sollte jeder für die gute Sache wirken und agitieren, alsdann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Sehen wir uns doch einmal nach dieser Richtung hin die Stütze an. In verschiedenen Orten haben in letzter Zeit Bohrsbewegungen stattgefunden, die mit erneutem Erfolgen für die

beteiligten Arbeiter bereitet worden sind. Unsere Kollegen dort haben dank ihres guten Organisationsverhältnisses die Fabrikanten zu Zugeständnissen gezwungen. Letzter sind wir in Breslau noch nicht so weit. Wenn beispielweise Trebitsch, Legnitz usw. einen Minimallohn für Rollen von 5,50 M erreungen haben, so steht Breslau mit seinem Lohn, namentlich, wenn man die Kaufkraft des Geldes berücksichtigt, gegen diese Orte zurück. Die Provinz ist uns mit gutem Beispiel vorangegangen. Beteiligen wir uns noch!

Wenn ich diese Ausführungen mache, so darum, um dazu beizutreten, daß endlich einmal die Trägheit aufhört. Seien wir mit eingedenkt, daß wir uns in unseren Familien sowie der gesamten Arbeiterbewegung schuldig sind! Gemäß hat die wirtschaftliche Krise und auch die Werksteuer des Jahres 1909 einen niederdrückenden Einfluß auf die Tabakarbeiterchaft ausgeübt. Auch die Breslauer Tabakarbeiter können davon ein Lied singen. Aber wieder war es die Organisation, die Kollegen über Wasser gehalten hat.

Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann kann uns nicht bang vor der Zukunft sein. Also an die Arbeit!

Breslau, im Oktober 1913.

Wilhelm Krämer.

Die Laferme als Herr im Hause.

(Gleichzeitig Herrn Ehrle und dem Trababewerberband gewidmet)

Von der Sektionsleitung der Dresdner Zigarettenarbeiter geht uns nachstehende Bischrift zur Verstärkung zu: Was ob der Handlungswise der Laferme gefragt werden muss, ist in der Bischrift bereits treffend erledigt, aber wir möchten auch dem Syndikat des Trababewerberbandes, Herrn Georg Ehrle, der kürzlich in Chemnitz unsern Gauleiter Wenzel so eindrucksvoll und schnell abgedrückt hat, haben soll, nahelegen, die Bischrift der Dresdner Zigarettenarbeiter seinen Akten einzufüllen; wir stellen ihm gern eine Nummer des Tabak-Arbeiter zur Verfügung. Gleichzeitig dienen wir nächstens noch mit weiterem Material dieser Art, so daß Herr Ehrle noch etwas eindrucksvoller reden muß.

Die Bischrift lautet nun:

Kürzlich wurden in der hiesigen Zigarettenfabrik Laferme vier Arbeiterinnen plötzlich entlassen. Auf die begehrliche Frage, warum das geschehe, wurde ihnen mitgeteilt, daß sie entlassen würden, weil sie mit ihren Lohnverhältnissen unzufrieden seien. Auch auf wiederholte Fragen konnten andere Gründe für die Entlassung nicht angegeben werden; es blieb dabei. Vorin bestand nun die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen?

Mit dem bisherigen Lohn für die Zigarettenmarke "Splendid" waren die Zigarettenarbeiterinnen nicht mehr zufrieden, deswegen legten ca. 35 Arbeiterinnen ihre Wünsche an die Betriebsleitung vor. Diese versprach, die Sache zu prüfen. Nach einiger Zeit wurden die nunmehr entlassenen Arbeiterinnen von ihrer Arbeit weg ins Konzert gerufen und dort wurde ihnen mitgeteilt, daß die Firma keine Zugaben für die erwähnte Zigarettenmarke gewähren könne. Damit gaben sich wohl oder übel die Arbeiterinnen zufrieden, nicht aber die Betriebsleitung. Der schwache Verlust der Arbeiterinnen, ihre ungenügenden Lohnverhältnisse etwas aufzubessern, hatte das beständige Missfallen der leitenden Herren erzeugt. Wie konnten sich auch die Arbeiterinnen soweit vergessen, von ihrer Firma, die den Herren Aktiönden jährlich doch nur einige Hunderttausende Mark miliehelos "erklärt", eine kleine Lohnaufbesserung zu verlangen. Gegen solch ein Begehrnis mußte etwas unternommen werden, es mußte ein Beispiel statuiert werden, das den andern zur Warnung dienen möchte. Darum wurden die vier erwähnten Zigarettenarbeiterinnen herausgezogen und entlassen, obwohl sie zum Teile schon mehrere Jahre im Betriebe waren und auch nichts anderes "verbrochen" hatten, wie ihre Mitarbeiterinnen. Aber es handelt sich hierbei nicht etwa um eine terroristische Handlungswise der Betriebsleitung! O nein! Die Arbeiterinnen sind nur entlassen worden, damit sie sich rechtzeitig ein besseres Arbeitsverhältnis suchen können. So antwortete der Herr Direktor Schleicher auf eine telefonische Anfrage der unterzeichneten Organisationsleitung: "Unzufriedene Arbeiter können wir in unserem Betriebe nicht gebrauchen!" betonte Herr Direktor Schleicher ausdrücklich, nachdem er sich zuvor nochmal über die Entlassungen erklärt hatte. Auf die Entgegnung, daß die Betriebsleitung in der konsequenten Verfolgung ihres Standpunktes dann sämtliche Arbeiter im Betriebe entlassen müsse, meinte Herr Schleicher, "ihre Arbeit seien aufzufinden". Wie der Herr diese "Meinung" mit der erwähnten Tatsache vereinbaren will, daß 35 Zigarettenarbeiterinnen eine Lohnaufbesserung gewünscht hatten und daß schon im Laufe des Sommers sich mehrere zuerst gut befürchtete Betriebsverhandlungen gerade mit den schlechten Lohnverhältnissen aller Arbeiter dieser Firma beschäftigten, wissen wir nicht. Die Wünsche der Arbeiter scheinen für die Firma nicht zu existieren. Wenn sie und da einmal in Form einer Belohnung eine Zugabe gewährt wird, so muß das nach ihrer Meinung genügen. Zugem hat so ein System auch einen erzieherischen Einfluss auf die Arbeiter. Und vor allen Dingen muß doch auch der „Herr im Hause“ gewahrt werden. Nur so ist es zu verstehen, wenn jedes Jahr um Weihnachten herum eine Anzahl Arbeiter, angeblich wegen Arbeitsmangels, entlassen wird. Daß dabei immer die Arbeiter herausgezogen werden, die doch einmal den Mut haben, ein Wort zu sagen, und die im Sturm stehen, organisiert zu sein, ist wohl nur Zufall. Oder nicht? Vielleicht will der Herr Direktor Schleicher, absichtlich die Organisation der Arbeiter von seinem Betriebe fernhalten? Das wäre ja interessant, in Herrn Direktor Schleicher, dem Vorsitzenden des Zigarettenunternehmerverbands Deutschlands, einem Feind des Koalitionsstreits, kennen zu lernen, sobald Arbeiter in Frage kommen.

Auf anderem Gebiete erkennt Herr Schleicher allerdings sehr wohl die Bedeutung der Arbeiterorganisationen an, so zum Beispiel, wenn es gilt, die Arbeiterkonsumvereine als Abnehmer zu gewinnen. Als Konsumen sind die Arbeiter der Direktion der Laferme sieb und wert, nur unzufrieden dürfen sie nicht sein und nicht mit „unbefüllbaren“ Wünschen kommen. Wie aber, wenn die Arbeiter auch als Konsumen einmal unzufrieden werden und an den von der Firma Laferme hergestellten Zigaretten keinen Geschmack mehr haben, das dürfte jedenfalls der arbeiterfreundlichen Direktion auch nicht entwinkelt sein.

Die Betriebsleitung der Firma Laferme wird es also in Zukunft wohl zu überlegen haben, ob sie die arbeiterfeindliche Haltung beibehalten will oder nicht. Eine solche Haltung hat nämlich noch eine andere Folge, sie wirkt erheblich auf die Arbeiter, die sich dann ihrer Bedeutung als Konsumen bewußt werden.

Die Arbeiter im Betriebe aber werden sich trotz dieser Schritte nicht von der Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, fernhalten lassen, sie werden trotz allem den Weg zu ihm finden. Die Sektionsleitung der Zigarettenarbeiter.

Sektion des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands.

Berichte.

Hannover a. Ober. Die am 18. Oktober tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Erklärung des Statuts; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer Kollegen Weigmann verlesen, sie blieb in Einnahme und Ausgabe mit 761,01 M. Die Lokalfasse blieb in Einnahme und Ausgabe mit 490,28 M. Auf Antrag wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Gaudau hält Gauleiter Henschel einen Vortrag über das neue Statut. In recht verständlicher Weise verstand es der Redner, den Anwesenden die einzelnen Paragraphen des aus dem Heidelberg verbandstag geschaffenen Statuts zu erläutern. Er ermahnte die Mitglieder, den in nächster Zeit erscheinenden Kommentar zum Statut recht sorgfältig durchzulesen, damit sie über das Statut informiert seien. Unter Verschiedenes gab Kollege Strebl einen Situationsbericht über die bei der Firma L. Ihde ausgebrochenen Lohndifferenzen. Die Firma stelltte an die drei Sortiererinnen das Auslinien, Spiegelpressen-Arbeit für 9 M im Wochenlohn zu verrichten. Dies schützen die Sortiererinnen ab, weil für sie eine Lohnförderung von 11 und 4 M in Frage kam. Als Antwort erhielten sie darauf die Kündigung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer Fabrikbesprechung dazu Stellung und erklärten in der Kündigung eine Mahregelung; gleichzeitig erklärten sie sich solidarisch und würden, wenn die Firma die drei Sortiererinnen nicht weiter beschäftigen würde, ihre Kündigung einreichen. Nachdem nun von Seiten der Fabrikkommission und des Gauleiters Verhandlungen mit der Firma stattfanden, aber keine Einigung erzielt wurde, reichten die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Kündigung ein. Als der Chef nun die Kündigung erhalten hatte und sah, daß sich sämtliche Arbeiter mit den Sortiererinnen solidarisch erklärten, war er wieder zur Verhandlung bereit und erklärte schließlich, wenn der Verband es verlange, stelle er die Sortiererinnen wieder zu den alten Löhnen ein; auch eine verschlechterte Fabrikordnung sei er bereit, zurückzuziehen. Die Arbeiter nahmen am 22. Oktober unter Weisung des Gauleiters hierzu Stellung und erklärten sich mit dem Gegebein betr. Entlastung der Sortiererinnen einverstanden. Eine Kollegin verzichtete auf die Wiedereinstellung. Damit ist die Lohndifferenz mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Hätten die Kolleginnen nicht so fest und so gut organisiert zusammengehalten, vielleicht wäre die Angelegenheit nicht so schnell erledigt worden. Darum rufen wir den Fernziehenden Kollegen und Kolleginnen zu: Organisiert euch! Tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, denn nur in diesem seid ihr eine Macht!

Gau 1. Nachdem die Versammlungen in Bremen und Bremerhaven, wie berichtet, zum Haushaltsgesetz Stellung genommen hatten, fanden am 19. und 20. Oktober auch Versammlungen in Schwerin, Burgdam und Achim statt. Der Gauleiter Hadelberg referierte über das Gesetz und wurde in allen Versammlungen die Verbener Resolution, die die Aufsetzung der §§ 3 und 4 des Haushaltsgesetzes sowie die Errichtung eines Fachausschusses sowie die Errichtung einer entsprechenden Einrichtung ein. Als der Chef nun die Kündigung erhielt, war er wieder zur Verhandlung bereit und erklärte einstimmig angenommen. Die Gauleitung wird nunmehr eine entsprechende Einlage an den Bundesrat machen. In allen Versammlungen wurde auch auf den von der Bremer Gauförderung beschlossenen Bezirksnachweis hingewiesen und die Ortsverwaltungen sowie die Kollegen ermahnt, streng nach dem Regulativ zu verfahren. In Burgdam wollen die Kollegen an die Händler und Wirtse herantreten, damit diese ausschließlich Tarifware führen.

Döbeln. Am 22. Oktober fand hier eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Berichten des Protolls von der Verwaltungssitzung; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Kollege Fanta verlas das Protoll von der Verwaltungssitzung. In derselben wurde unter Punkt Agitation beschlossen, am 19. und 27. Oktober eine Agitation vorzunehmen, um die uns noch fernstehenden Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zuzuführen, und soll zu diesem Zweck zunächst eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung stattfinden und gleichzeitig ein Flugblatt verteilt werden. Des Weiteren wurde ein Antrag abgelehnt, aus der Lokalfasse bei Arbeitslosigkeit die ersten acht Tage eine Unterflüchtung zu gewähren; es mußte dieser Antrag noch zurückgestellt werden, da die Fasse finanziell noch nicht stark genug ist. Ferner wurden zwei Unterstützungsgebühren bewilligt. Der Bevollmächtigte, Kollege Dahmigen, erklärte dies der Versammlung noch näher. Die Kassiererin Kollegin Hesse gab den Kassenbericht vom 3. Quartal, den die Revisoren geprüft und für richtig befunden hatten und wurde der Kollegin einstimmig Entlastung erteilt. Infolge Abwesenheit der Kollegin Schilling, welche sich auf der Agitationstour befand, erstattete Kollege Dahmigen den Kartellbericht; dabei handelt es sich um die Krankenlaienwahl und die Gingabe des Bildungsausschusses an den Stadtrat betreffs Theateraufführung im hiesigen Stadttheater. Es wurde den Mitgliedern die Wichtigkeit der Krankenkasse vorgeführt und aufgefordert, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, damit keine Stimme verloren geht und unsere Vorschlagsliste siegreich hervorgeht, da man diesmal wahrscheinlich Gegenstimmen aufstellen wird. Unter Verschiedenes schlägt Kollege Dahmigen vor, einen Unterlasserer zu wählen, da er sonst gehindert sei, an der Agitation teilzunehmen zu können. Da der Kollege Krahnert sich freiwillig meldet, erlischt sich eine Wahl. Auch soll nächstens ein Tabakarbeitervergnügen stattfinden. Hierzu wurde eine fünfjährige Kommission gewählt und Kollege Fanta als Obmann bestimmt. Über die Agitationsfrage entspann sich eine kurze Debatte, an der mehrere Kollegen teilnahmen.

Kollegen, agiert für den Verband!

LISTE

ÜBER GEBRAUCHTE

WICKEL-

FORMEN

205

ERHALTEN SIE KOSTENLOS

DURCH

L.T.COHN & Co.

BERLIN

BRUNNENSTR. 24

unterstützung wünscht, sich erst schriftlich oder mündlich an die Verwaltung zu wenden hat. Kollege Dr. H. stellt den Antrag, daß jeder Kollege, der seine Nachzügler nicht regelmäßig steuert, im Bedarfsfalle nur so viel belohnt, als er gesteuert hat. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Dann wurde noch mitgeteilt, daß die Zahlstelle zwar fest pro verkaufte Marke 6 s statt früher 4 s erholt, doch müssen jetzt Ausgaben für Porto, Papier usw. von der Zahlstelle bestritten werden, es sei deshalb die Versammlung zu fragen, wie sie es gehabt hätten wollen. Auf Antrag des Kollegen Börner wird diese Sache der Verwaltung zur Regelung überwiesen. Die Versammlung war von 21 Mitgliedern besucht.

Dresden. An die Mitglieder der Sektion der Sortierer und Kistenbekleber. Unterzeichnete Sektionsleitung hatte für Montag, den 20. Oktober, eine Versammlung einberufen in der Erwartung, daß sich ein großer Teil der Mitglieder einzufinden würde, um die Rechte der Sektionsleitung entgegenzunehmen. Leider mußte aber die beschuldigte Tatsache konstatiert werden, daß es ganze 10 Mitglieder außer der Leitung sich nicht befanden, ihrer Pflicht nachzukommen. Man muß tatsächlich erstaunt sein, daß innerhalb unserer Kollegenschaft eine derartige Unrechtsfreiheit eingerichtet ist, wo wir früher doch bis 80, sogar über 100 Versammlungsteilnehmer verzeichnen konnten. Woher kommt denn dieser schwache Besuch, diese Gleichgültigkeit? Sind die Mitglieder mit der Leitung nicht zufrieden? Wenn die Mitglieder dieser Meinung sind, dann ist es doch er recht ihre verdommte Pflicht und Schuldigkeit, in die Versammlungen zu gehen und die betreffenden Kollegen auf den rechten Weg zu weisen, den sie zu gehen haben. Oder sind andere Motive vorhanden, der Versammlung fernzubleiben? Auch dann ist es ja besser, am rechten Ort zu erscheinen und darüber zu beraten, anstatt außerhalb seiner Zustimmung vielleicht Ausdruck zu geben. Die Sektionsleitung ist der Meinung, daß es nicht weitergehen kann und darf. Dieser Gleichgültigkeit jeder Versammlung gegenüber muß wieder verschwinden, wohin soll denn das sonst führen. Die Leitung gibt sich deshalb der Erwartung hin, daß die nächste Versammlung, zu der sie die Mitglieder einladen wird, recht zahlreich besucht werden wird, umso mehr, da es sehr wichtige Sachen vorliegen werden, die das Interesse jedes einzelnen erfordern müssen. In der Erwartung, daß es das einzige Mal bleiben wird, daß eine Versammlung wegen der Sammeltätigkeit der Mitglieder nicht abgehalten werden könnte, wünscht sie Ihr die nächste Versammlung, daß jedes Mitglied seiner Pflicht nachkommt.

Die Sektionsleitung.

Schöne. Am 25. Oktober sah hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Hauptversammlung; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Wahl eines Revisors; 4. Verschiedenes. Kollege Max Jahn erstattete zu Punkt 1 den Bericht von der Hauptversammlung, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Zu Punkt 2 gab der Kassierer, Kollege Prager, einen ausführlichen Kassenbericht, wonach die Einnahmen 524,59 M betrugen, denen eine Ausgabe von 308,09 M gegenübersteht, wodurch bleibt ein Kassenbestand von 218,50 M. Die Zentralkasse weist einen Bestand von 151,59 M auf. Die Kassenverwaltung wurde in bester Ordnung gefunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3 wurden die Kollegen E. Heindl als Revisor und Fr. Gerloff als Berichterstatter gewählt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung stellte Kollege Jahn den Antrag, dem Unterkassierer P. Schreier für seine Beurteilung 2 M pro Quartal zu bewilligen, welcher einstimmig angenommen wurde. Eine innere Angelegenheit sah sodann noch ihre Erledigung und wurde ferner beschlossen, Zentralmarken einzuführen, welche vom 1. Oktober ab nachgeliefert werden sollen. — Kollegen und Kolleginnen von Schöne, werbt ununterbrochen dem Verband neue Mitglieder, und besucht selber zahlreicher eure Versammlungen!

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon 8046.

Bureauzeit: von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkontos, bei der Bankleitung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg Postcheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Niedorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gitter, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet: Hohenleuben: Das Mitgliedsbuch S II Nr. 41 765 lautend auf Mich. Nagler aus Langwehendorf, einget. am 1. April 1910. (Siehe Br. 2458.)

Ohne Abmeldung abgereist: Von Warendorf i. Westf. die Zigarrenmacher Friz Schirrmann aus Scharmed, einget. am 1. 10. 07, Buch S II 1817 und Jean Snieder aus Wageningen (Holl.), einget. am 1. 1. 1910, Buch S II 11 024. (S. 2449, 10 J. 13.)

Es wird gebeten den Wusenhalt anzugeben von dem Zigarrenmacher Emil Groß aus Cuxhaven a. Werra. Letzter Aufenthalt war Essen a. Ruhr, wo er als Fabrikarbeiter in Arbeit stand. (S. 1287 und 2211, 9. J. 13.)

Von dem Zigarrenmacher Otto Lichtenberg aus Neudamm, geb. 19. 2. 89, einget. am 26. 9. 07. Buch S. II 56 148, Kl. 6. (S. 21.)

Von dem Zigarrenmacher Gustav Hänschen aus Nieder-Neuendorf, geb. 6. 7. 88, eingetreten am 18. 6. 13. S. II 47 523. (S. 2085, 2251. J. 13.)

Von dem Zigarrenmacher Jean Snieder aus Wageningen (Holl.), einget. am 1. 1. 1910, Buch S II 11 024. (S. 2449, 10 J. 13.)

Von dem Zigarrenmacher Lazar Peterseu aus Obensee, einget. am 31. 7. 09. Buch S II 29 513. (S. 2428, 8 J. 13.)

Ausgeschlossen wurden: Nach § 13 in Bremen der Sortierer Carl Hartmann aus Bremen, einget. am 26. 12. 07, Buch S II 48 142, Kl. 4. (S. 2275, 33 J. 13.)

Nach § 13 a in Stolp i. Pom. der Zigarrenmacher Emil Prell aus Stolp, einget. am 22. 5. 09, Buch S 78 422. (S. 2181, 10 2263, 11 2430, 12 J. 13.)

Zu konfiszieren und einzusehen ist: Die Wanderkarte, lautend auf Oscar Feuerstein aus Potsdam, Buch S II 30 688, einget. am 4. 8. 1911. F. hat in Lindenwalde zu Würschn eine Wanderkarte erhalten. Diese Wanderkarte enthält aufserdem eine Eintragung, nach welcher der Inhaber Maßregelungsunterstützung beziehen kann. Diese Eintragung ist falsch, und sei deshalb mitgeteilt, daß F. nicht genehmigt ist. Es darf deswegen keine solche Unterstützung ausbezahlt werden. Diejenigen Bevollmächtigten, die schon vor dieser Bekanntgabe Unterstützung ausgezahlt haben, müssen uns davon Mitteilung machen und den Betrag angeben. Man ziehe die Wanderkarte ein. (S. 2428, 1 J. 13.)

Zur Beachtung!

Die Bevollmächtigten werden erneut darauf aufmerksam gemacht, daß an wandernde Mitglieder auf Wanderkarten, die vor dem 1. Oktober er. ausgestellt sind, keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden darf. Diese Wanderkarten müssen eingezogen und an den Vorstand geführt werden. Bei Einwendung der ein-

gezogenen Wanderkarte ist zugleich er zugeben, nach welcher Zahlstelle die Erfüllung geführt werden soll. Im übrigen verweise wir auf das Rundschreiben des Vorstandes vom 27. September er.

Beitragssmarken.

Auf viele Anfragen sei mitgeteilt, daß die alten Beitragssmarken der Klasse 1 und 2 weitere Verwendung finden. Dagegen finden die Beitragssmarken der Klassen 3, 4, 5 und 6 nur soweit Verwendung, als diese dieser Klassen damit zu begleichen sind. Diese letzteren Beitragssmarken sind spätestens mit der Abrechnung für das vierte Quartal einzubinden. Im ersten Quartal 1914 dienen die Beitragssmarken der Klassen 3, 4, 5 und 6 nicht mehr verwendet werden.

Der Verband besteht.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober beim Vorstand ein:

1. Gau, Hamburg: Scharmed, Parchim, Bergedorf, Rostock, Neuhaus.
2. Gau, Braunschweig: Neudorf, Moringen, Herzberg, Ildehausen, Northeim, Beine, Uslar, Berbitz, Stadtoldendorf, Schönhagen a. d. E., Gernrode.
3. Gau, Nordhausen: Gertenbach.
4. Gau, Hessen: Mennighausen, Bünde, Olsberg, Neuenkirchen, Hagen, Hess.-Oldendorf, Lage, Hunnebrock, Löhne, Salzhausen, Spende, Rohrme, Warendorf, Rhede, Schleiden, Wülferdingen, Hödenhausen, Bergkirchen, Dettinghausen, Böddenhausen, Sprockow, Bremont, Kirchberg.
5. Gau, Köln: Wattenfeld, Geldern, Oberhausen.
6. Gau, Frankfurt a. M.: Groß-Steinheim, Alzenau, Melsched, Gießen, Mainz, Hanau, Offenbach.
7. Gau, Heidelberg: Grünsheim.
8. Gau, Offenburg: Offenburg, Elgersweier, Freiburg.
9. Gau, Karlsruhe: Ansbach, Schönach, Heidenheim.
10. Gau, Erfurt: Liebschütz, Pöhlitz, Hohenlenzen, Roschhausen.
11. Gau, Dresden: Tannenberg, Pegau, Großenhain, Löbau, Bautzen, Mittweida, Dresden, Mühlbach, Eibau, Döberan, Leipzig.
12. Gau, Breslau: Hirschberg, Mühlau, Altwasser, Schweidnitz, Neustadt i. O.-Schl., Sprottau, Kamisch, Langenbielau, Brieg.
13. Gau, Berlin: Lübben, Spandau, Stortow, Landsberg, Forst, Brieslau, Stolzen, Mühlberg, Friedeberg, Neuruppin, Briesen, Luckau, Bölkow.

Adressen der Ortsverwaltungen.

Enger (4): 2. Bez. Gust. Röhlmann, Oppelsfeldstr. 185.

Bunzlau (12): 1. Bez. Kasimir Szylberowicz, Oberstr. 28.

Nachen (5): 1. Bez. W. Steinmann, Baalstr. 122, I.

Erwerbslosenunterstützung wird ausgezahlt:

Neudorf: An wandernde Mitglieder wird keine Unterstützung ge-
zahlt.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. V. = Verbands-
beiträge, L. = Zentralmarken, B. = Briefmarken.

16. Oktober: Bremen V. 300.— 17. Oktober: Baden-Baden
V. 102,87. Hamburg V. 100.— Stralsund V. 200.— 18. Okto-
ber: Heide V. 30.— Strehlen V. 98,88. Böselau V. 25.—
Bischofswerda V. 100.— Nederselz V. 90.— Hadersleben V.
250.— 19. Oktober: Berlin V. 400.— Spandau V. 50.— Wett-
V. 50.— Kleinralmrode V. 270.— Hohenleuben V. 20.—
Eisleben V. 50.— Salzungen V. 100.— 20. Oktober: Offenbach V. 100.— Hirschberg i. Schl. V. 100.—
Groß-Steinheim V. 65.— Blasheim V. 70.— Neudorf V.
10,52. Hürtkroft V. 125.— Wildeshausen V. 100.— L. 50.—
Halsa V. 65,26. Schiffsberg V. 200.— Nauen V. 120.— Böden-
V. 100.— Hertinghausen V. 65,43. Bischofswerda V. 70.—
Pegau V. 130.— 21. Oktober: Stendal V. 140.— Neuhof V.
100.— Wettenscheid V. 50.— Gießen V. 400.— Alsfeld V.
100.— Münchingen V. 175.— Sprottau V. 140.— Brieslau
V. 300.— Cottbus V. 40.— Coburg V. 80.— Goldberg V.
120.— Bremen V. 300.— 22. Oktober: Baldorf V. 110,69.
Hunnenberg V. 100.— Danabüd V. 300.— Forst V. 45.—
Altlußnitz V. 50.— Friedeberg V. 40.— Tannenberg V. 50.—
Großhartmannsdorf V. 50.— Heidenheim V. 80.— 23. Oktober:
Hamburg V. 100.— Lage i. Lippe V. 25.— Scharmed V.
400.— Nordhausen V. 1000.— Ildehausen V. 70.— Gießen
V. 400.— Rhede V. 100.— Schönach V. 100.— 24. Oktober:
München V. 1,60. Rohme V. 400.—

Bremen, den 27. Oktober 1913.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Arbeitslosenstatistikarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der "Tabak-Arbeiter"-Sendung in ihren Besitz gelangte graue Statistikarte ("Kaiserl. Statistisches Amt") gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstand in Bremen bis spätestens 5. November einzenden zu wollen.

Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 25. Oktober d. J., zu nehmen.

Mitglieder, welche krank, gemäßregelt oder ausge-
sperrt sind, und freilande Mitglieder dürfen als arbeits-
lose Mitglieder nicht mitgezählt werden.

Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.

Zahlstellen, die aus Verschen keine Karte erhalten
haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.

Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden ver-
öffentlicht.

Bremen.

Der Vorstand.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg:

Altona: Gottlieb Ostertag, Bureau: Eimsbüttelerstraße 10.

Für Bremen:

Bremen: Heinrich Böbbelkamp, Faulenstr. 58/60 I, Zimmer 13.
Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr
abends.

Für den Gau Braunschweig:

Ernst Sparläse, Gabelsbergerstr. 4 p.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags
und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr
nachmittags. Auch erhalten Zugreise dort Arbeitslosen-
unterstützung.

Für den Gau Nordhausen:

Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfsstraße 14.

Für den Gau Hessen:

Hessen: Wilhelm Schüller, Bureau: Kurfürstenstraße 3.

Für den Gau Köln:

Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 27 III.

Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M.: Frank Schröder, Steinstraße 113 II.

Für den Gau Offenbach:

Offenbach: Georg Durban, Neugasse 15 II.

Für den Gau Heidelberg:

Heidelberg: Gauleiter Chr. Stod, Kaiserstr. 57, Obj.

Mannheim: Ferdinand Dahms, H. 6, Nr. 22.

Für den Gau Karlsruhe:

Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 86, priv.

Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Weidenerstraße 28.

Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und
7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nach-

mittags.

Für den Gau Dresden:

Dresden: Joseph Domeyer, Ritterstraße 211, Zimmer 84

für Sortierer: Walter Nobis, Dresden-Pleschen, Torgauer-
straße 66, priv. Sprechstunde: 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr
abends; an Sonntagen nur 8—9 Uhr nachmittags.

Für den Gau Breslau:

Breslau: Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margarethen-
straße 17 II, Zimmer 39.

Heinrich Franck

Franck

Brunnenstr. 22

Berlin

Auszug aus meinem Katalog:

| | verzollt |
|--|----------|
| No. 1946. Deli My/P, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.10 |
| No. 1902. Deli My/K, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.40 |
| No. 1964. LPC/Pad Brahrang, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.50 |
| No. 1911. Deli My/D/Lankat, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.60 |

| | verzollt |
|--|----------|
| No. 1937. Deli My/A, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.70 |
| No. 1994. S & R/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.75 |
| No. 1936. S & R/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.85 |
| No. 1904. DCM/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 3.10 |

Für feine Fabrikation: Hellgraufahle Sandblätter in grosser Auswahl

Preiswerte Tabake.
Sumatra-Decker, 3. Länge Vollblatt, mittelhell, 180 g
Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelhell, 280 g
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 g
Vorstenland-Decker, hell, 230 und 280 g
Java-Umbatt, Bezoek, 140 g
Java-Einlage 85 g
Felix-Decker PP, Cigar das Almes, 200 und 220 g
Felix-Einlage, gefüllte Blätter, 140 g
Domingo FF, großes zartes Blatt, 125 g
Domingo f, Umblatt, 105 g
Domingo f, blättriger Ausarbeiter, 95 und 100 g
Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135 g
Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120 g
Carmen-Ausarbeiter, 110 g
Carmen-Einlage, 100 g
Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger 200 g
Havana-Einlage, jante Vuelta in Malothen 160 g
Mexiko-Decker, tabakloser Brand, 230 g
Losgut, rein amerikanisch, beste Ware, 95 g
Breite pr. 1/2 kg verzollt null. Wertzuflage.
Verkauf nur gegen Nachnahme.
P. Zimmer, Bremen
Bulthaupstrasse.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustädtswall 36 Fernsprecher 3948

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 450, 500 g
Sumatra-Umblatt, Vollblatt 160 g
Sumatra-Umblatt und -Einlage (jezf.) 100, 110, 120 g
Java-Decker, dunkel, 160, 220 g, hell 200, 220, 250, 280, 300, 320 g
Java-Umblatt 140, 150, 160 g
Java-Einlage 95 g, mit Umbl. 100, 105, 110, 120 g
Vorstenland-Decker 160, 180, 200, 220, 250, 300, 320 g
Brasil-Decker 180, 210, 250 g
Brasil-Einlage u. Umbl. leicht u. trocken 130, 140, 150, 160, 170 g
Geschnittene Einlage, mit Brasil, tabaklose Qualität u. Brasil 110 g
Neue, schmiedeeisernes Formenpresso mit Stahlmeißel, besonders für gerbeitet für 10 bis 12 Journe, pro Stück 7.50 M. Gummiflasche, allezeitige Ware, grösste Steifkraft, per Stück 250 g. Zigarettenpresse, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Ueberreinkunft bei Aufgabe von 14 Referenzen gegen Nachnahme.

Feinste Gewächse

Vollblätter erste und zweite Längen

Edelste Sorten

Feinste Gewächse

Vollblätter erste und zweite Längen

Edelste Sorten

Sumatra-Decken

sehr grosse direkte Einkäufe in den Einschreibungen
In jeder Preislage
Riesenauswahl – horrend billig!

Auszug aus meinem Katalog:

| | verzollt |
|--|----------|
| No. 1937. Deli My/A, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.70 |
| No. 1994. S & R/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.75 |
| No. 1936. S & R/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 2.85 |
| No. 1904. DCM/Deli, Vollblatt 2. Länge | Mk. 3.10 |

H. Edling Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Besonders preiswertes Angebot:

Sumatra - Vollblatt - Decken

Hochfeine fahle 2. Länge, sehr grosse Deckkraft à 700 g
Hochfeine lebhafte 2. Länge à 600 g
Hochfeine elegante 2. Länge à 550 g
Hellfarbige 2. Länge, grosse Deckkraft à 300 g
Linksroller, 2. Länge à 250 g
Linksroller, 3. Länge à 250 g

Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 g, (mittel) 200, 230, 240, 250 g
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 g
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 g

Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 g
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 g
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 g

Geschnittene Einlage 110 g
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 g
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 g

Seedleaf 110, 120, 130 g
Losgut (blättrig) 95, 100 g
Original-Mischung 105, 110, 120 g
Havana 150, 200, 250, 300, 400 g
Decker 650 g
Yara-Cuba (faser) 180, 200, 250 g

Verlangen Sie Bemusterung.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14

Neu eingetroffen:

1912er Holländer Erdgut No. 7419

sehr leichtblättiges, gut brennendes Umblatt, enorm ausgiebig, M. 1.80 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt.

Beordern Sie Muster!

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Westerstrasse 96

Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarettenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. Versand nur per Nachnahme.

— Kundenschaft. Versand nur per Nachnahme.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—